

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Anzeigen werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

ZUR BEACHTUNG!

Die gesamte Hauptverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich nun in Berlin. Es sind daher alle Briefe und Sendungen für den Vorstand, die Kasse, Schriftleitung, Versandstelle usw. zu richten nach

Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Reichstagsauflösung

Die bürgerliche Demokratie ist in Deutschland jetzt so weit gediehen, daß sie sich selbst aufgeben muß, um sich zu retten. Das klingt widersinnig, aber es ist so. Es ist einer jener äußeren, sichtbaren Widersprüche, zu denen die inneren, dem oberflächlichen Blick verborgenen Widersprüche des Kapitalismus letztlich führen müssen. Man überlege nur, was geschehen ist. Dem Reich fehlt es an Geld. Die Regierung macht bestimmte Vorschläge, um das Geld zu beschaffen. Der Reichstag lehnt ab. Darauf gibt die Regierung eben diesen Vorschläge durch Verordnung Gesetzeskraft und tut dem Reichstag zu, ihre Verordnung zu bestätigen. Denselben Vorschläge zuzustimmen, die er soeben abgelehnt hat! Und beinahe hätte er es getan! Fehlten doch nur fünfzehn Stimmen bei etwa 450 Abgeordneten, die sich an der Abstimmung beteiligten. Es ist also reiner Zufall, daß die Ablehnung zustande kam. Ebenso gut hätten die 15 Stimmen noch da sein und den Ausschlag für die Regierungsverordnungen geben können. Dann hätte auf den ganzen Vorgang beim besten Willen kein anderer Ausdruck gepaßt als: Affenkomödie. Was der Reichstag nach monatelangen Erörterungen — also, muß man doch annehmen, nach reiflicher Ueberlegung — abgelehnt hat, das hätte er dann an einem Tage gutgeheißen, weil die Regierung befahl!

Nun, er hat es nicht getan, und somit ist keine Affenkomödie daraus geworden. Das ist ganz gut für das Ansehen des Reichstags, weil die meisten Menschen nur auf das Ergebnis achten und nicht auf das Stimmenverhältnis. Aber für die Praxis hat es wenig zu bedeuten. Denn nun ist der Reichstag aufgelöst, und bis diese Zeilen im Druck erscheinen, wird die Regierung bereits abermals dieselben Steuern (allenfalls mit geringen Änderungen) durch Verordnung eingeführt haben. Diese neue Verordnung wird sie erst nach einigen Monaten dem neuen Reichstag vorlegen, und ich wage zu prophezeien, daß der sie — gutheißen wird. Hat er doch die bequeme Ausrede bei der Hand: inzwischen hätten sich die Verhältnisse geändert, und es sei etwas anderes, neue Steuern abzulehnen, als solche Steuern wieder abzuschaffen, die schon seit Monaten erhoben werden.

Doch ohne uns über die Zukunft den Kopf zu zerbrechen — für die unmittelbare Gegenwart gilt jedenfalls das, was der Reichstag ausdrücklich abgelehnt hat. Und das ist das Gegenteil von Demokratie.

Gewiß ist das völlig ungesetzlich und verfassungswidrig. Es bedarf keines Beweises, daß auf Grund des § 48 überhaupt keine Steuern verordnet werden dürfen — sonst wäre es an sich schon die Aufhebung der Demokratie; wozu braucht man noch einen Reichstag, wenn der Präsident eigenmächtig Steuern festsetzen kann? — Es bedarf auch keines Beweises, daß der § 48 nur dann angewendet werden darf, wenn Ordnung und Sicherheit im Reich erheblich gestört oder unmittelbar gefährdet sind, aber nicht, wenn die Regierung solche Störung für spätere Zeit befürchtet. Die Verweigerung von Steuern, die auf so ungesetzliche und verfassungswidrige Art befohlen werden, wäre also durchaus berechtigt. Aber solche Erwägungen haben gar keinen praktischen Zweck, denn in Deutschland wird kein Mensch die Steuern verweigern. Wir sind gewohnt, stramm zu stehen vor allem, was „von oben“ kommt.

Es wird also bei uns gerade das geschehen, was der Reichstag ausdrücklich abgelehnt hat. Das ist die tatsächliche Aufhebung der Demokratie.

Aber geschah das zu ihrer Rettung? — Allerdings. Wie denn wäre der Verlauf gewesen, wenn die Regierung nachgegeben hätte? Man hätte sich auf irgendwelche anderen Steuern geeinigt — irgendwie muß man das Geld doch aufbringen. Ganz gewiß wären das aber keine Steuern auf den Besitz gewesen. Die bürgerliche Demokratie ist ja nicht um ihrer selbst willen da, nicht um eine schöne und „gerechte“ Staatsform zu haben, sondern um den Besitz zu schützen. Das ist für die herrschende Klasse — ob sie sich dessen nun klar bewußt ist oder nicht — der Zweck der bürgerlichen Demokratie. Sie würde es als höchst „undemokratisch“ empfinden, wenn ihr Besitz nicht mehr geschützt ist, wenn sie die Steuern zahlen sollte, die aus dem Young-Plan usw. erwachsen. Um diesen, für sie wesent-

lichen Inhalt der Demokratie zu retten, gibt sie gern die äußere Form preis und ist im Grunde ihres Herzens ganz zufrieden, daß die Steuern, die sie nicht treffen — da sie der Reichstag nun einmal abgelehnt hat — auf Grund des § 48 eingeführt werden. So ist es zu verstehen, daß sie auf die Demokratie verzichtet, um die Demokratie zu retten.

Nun aber kann auch das auf die Dauer nicht helfen. Die dauernd fortgesetzte Belastung der Arbeitenden nähert sich stark den Grenzen des Möglichen. Ob diese Steuern oder andere, die den Besitz nicht treffen — sie werden sich in verhältnismäßig kurzer Zeit als untraglich und trotzdem unzureichend erweisen. Das arbeitende Volk wird noch schlimmer ausgepowert sein, und der Fehlbetrag in der Reichskasse wird doch wieder eintreten. Zumal die Besitzenden natürlich auch nicht daran denken, ihre Ansprüche an die Reichskasse aufzugeben. Man denke an die 450 Millionen Mark, die „die Landwirtschaft“ alljährlich bekommt; man denke an die Schidaugesellschaft und so viele andere; man denke daran, daß die Mansfeld A.G. 6 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln verlangt und

dafür mit „nur“ 9 1/2 Proz. Lohnkürzung zufrieden sein will. Auf diese Weise geht es selbstverständlich nicht ewig weiter. Der Kapitalismus nähert sich seinem Ende. Er kann die Mittel nicht mehr aufbringen, die zu seinem eigenen Bestehen erforderlich sind. Das wird zwar die herrschende Klasse niemals mit ausdrücklichen Worten zugeben, aber innerlich fühlt sie es doch. Sie fühlt die fortschreitende Verkalkung ihrer Wirtschaftsweise. Deshalb ihre tollen Verzweigungsstrieche, ihr wütendes Umsichschlagen, um noch irgendwie ihr Dasein zu verlängern, ihren Untergang aufzuschieben.

Wer sich das überlegt, der sieht ein: selbst wenn der Versuch gelingt und dem Kapitalismus das Leben ein wenig verlängert, so ist das doch nur ein Fortwursteln, aber keine Lösung der Aufgaben, die uns obliegen. Ueberdies ein Fortwursteln, das die Leiden der arbeitenden Masse ins Ungeheure vermehrt. Helfen, aus dem Elend herausbringen kann uns nur der Sozialismus. Deshalb muß die Zeit der Wahl benutzt werden, um jedem Arbeiter diese Zusammenhänge klarzumachen, damit er nur erprobte Kämpfer für den Sozialismus auf den Schuld erhebt. *Ibykus.*

Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung keine Abnahme erfahren, und das Anwachsen der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt. Auch die Zahl der Krisenunterstützten ist weiter gewachsen. Es wurden am 15. Juli 1470 004 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 390 698 in der Krisenunterstützung gezählt. Damit sind beide Unterstützungseinrichtungen zusammen mehr als doppelt so stark belastet wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden belief sich am 15. Juli auf rund 2 700 000. Werden hiervon diejenigen abgesetzt, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleiben rund 2 215 000 Arbeitslose. Die Zunahme rührt zu nächst von den Bezirken der westdeutschen Industrie her. Ferner haben die Bezirke Brandenburg, Südwestdeutschland und Ostpreußen eine Verschlechterung erfahren.

Die 30000 neue Wohnungen

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der abgetretenen Reichsregierung sah u. a. auch eine Ankerbelung des Baumarktes vor. Jetzt werden durch das Reichsarbeitsministerium die Grundsätze für die Durchführung des Wohnungsbau-

programms bekanntgegeben. Mit dieser Maßnahme der Regierung soll eine Förderung des Kleinwohnungsbaues erreicht werden. Das Wohnungsbauprogramm des Reiches soll ein zusätzliches sein und darf keineswegs dazu benutzt werden, an dem ordentlichen Bauprogramm Einsparungen zu machen. Das Reich stellt vorläufig 100 Millionen Mark zur Verfügung. Aus diesem Betrage werden Reichsdarlehen gegeben, die zunächst mit 1 Proz. verzinslich sind. Diese Reichsdarlehen sollen hypothekarisch gesichert werden; ihnen kann eine erste Hypothek, unter Umständen eine weitere vorgehen. Die Gesamtzinsbelastung muß so sein, daß angemessene, für die minderbemittelten Schichten tragbare Mieten gewährleistet werden.

Die Verbilligung hofft man durch weitgehende Einschränkung der Grundflächen der Wohnungen, durch günstige Abschlüsse zur Beschaffung der Baustoffe und durch eine Zusammenfassung der Bauvorhaben zu erreichen. Die Mieten für Wohnungen von 32 bis 45 qm sollen nicht mehr als 20 bis 40 Mk., die bis 60 qm nicht mehr als 40 bis 50 Mk. monatlich betragen. Voraussetzung für die Reichsdarlehen ist ferner, daß durch die vom Reich begünstigten Bauvorhaben der Arbeitsmarkt erheblich entlastet wird. Die Firmen, die solche Aufträge erhalten, müssen sich verpflichten, ihre Arbeitskräfte von den Arbeitsämtern zu beziehen. Durch die Maßnahmen des Reiches glaubt man zusätzlich rund 30000 Wohnungen erstellen zu können.

Technik, Dienerin der Menschheit?

In der Reichshauptstadt hat kürzlich die Weltkraft-Konferenz, der „Völkerbund der Technik“, getagt. Ueber 4000 Teilnehmer waren dazu erschienen, jeder Vierte ein Ausländer. Den beteiligten Staaten haben die zwei Wochen drei Millionen Mark gekostet, jede Minute der Vorträge und Besprechungen war rund 1000 Mark wert. In 20 Bänden mit etwa 10 000 Seiten sollen die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Zu großen Veranstaltungen gehören nun einmal auch schöne Worte, und daran hat es nicht gefehlt. „Aus allen Teilen der Welt, von allen Staaten des Erdballes sind sie herbeigekommen, von einem großen Gedanken beseelt: Durch gemeinsame Arbeit die Kräfte der Natur immer mehr zu beherrschen und zum Segen und Fortschritt der Menschheit nutzbar zu machen. — Nichts ist in der Tat geeigneter, die Völker zu verbinden, als gemeinsames Bemühen dieser Art um das allgemeine Wohl.“ — So heißt es in dem Gruß eines hohen deutschen Reichsbeamten an die Konferenz.

Wie wenig aber das Wohl der Allgemeinheit in Wirklichkeit berücksichtigt wird, zeigten die Ausführungen des amerikanischen Botschafters, der den Elektrizitätswerken seines Landes den Vorwurf machte, bei der Berechnung des Strompreises doch etwas gar zu sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht zu sein, wenn sie die Energie für den 15fachen Betrag der Erzeugungskosten an die Bezieher verkaufen. Dieses Ausder-Schule-Plaudern wird man dem Vortragenden nicht so leicht vergessen, viel eher wird aber wohl vergessen werden, die Strompreise den Erzeugungskosten anzupassen.

Die Mitteilung hatte Aufsehen erregt; warum sollte man sich aber die Feststimmung verderben! Um so mehr, als ein weiterer Vortrag an seinen Beispielen klar zeigte, daß der technische Fortschritt die Menschen doch ganz bestimmt glücklicher macht: denn früher hatte es der Handwerker nicht gut, in langer, mühseliger Arbeit, unterstützt von wenigen, recht dürftigen Werkzeugen, stellte der Schlosser das Schloß und auch den Schlüssel her, heute sitzt er bequem an seiner Maschine, tut einige Hebelgriffe und — das Schloß ist fertig. Früher schaffte ein halbes Dutzend schwitzender, verschmutzter Menschen an der heißen Feuerung eines Dampfkessels, heute geht ein einziger Mann in tadellos weißem Anzug durch

das Kesselhaus, reguliert hier an einem Rad, dort an einem Hebel, und 20 Kessel arbeiten von selbst.

Die Arbeit der Männer an den Hebeln, des Heizers im weißen Anzug verlangt weniger Geschicklichkeit, ist leichter — sind sie aber glücklicher? Doch diese Frage mag ein jeder sich selber beantworten, vielleicht erhält man auch aufschlußreiche Auskunft von den Millionen, die an diesen Stellen nicht mehr sind und auch künftig dort keinen Lohn finden werden.

Wir wollen aber etwas bescheidener sein und nicht ergründen, ob das Glück am Automaten, an der Buchungsmaschine, am fließenden Band heute häufiger anzutreffen ist, als am alten Schraubstock, am Schreibpult und an der Werkbank. Fragen wir uns eher: Genießt die Allgemeinheit die Vorteile, die die hochentwickelte Technik zu bieten vermag?

Teufelskerle sind unsere Techniker! Sie berechnen, tüfteln Arbeitsweisen aus, konstruieren Maschinen für einige tausend Stück in der Stunde, ersinnen einfache, leichte Arbeitsverfahren und bringen es fertig, eine Radioröhre für 80 Pfennig herzustellen, die allerdings im Laden 10 Mark kostet, — oder einen Staubsauger für etwa 50 Mark, Verkaufspreis 165 Mark bei Barzahlung, wenn man jedoch das nötige Kleingeld nicht bereit hat.

Aus dem Inhalt

	Seite
Reichstagsauflösung — Technik, Dienerin der Menschheit?	241
Unzureichende Unterstützung	242
O Stuttgart — adel	243
Selbstmord aus Not — Ein Schreckgespenst — Der Abc-Schütze	244
Künstliche Wolle — Funktion einer automatischen Telefonanlage	245
Ich und mein Verband — Mühen und „Freuden“ des Betriebsrates — 50 Jahre Metallarbeiter-Krankenkasse	246
Wie Lorenz amerikanisch wurde — Arbeitslage der Metallindustrie — Aufgaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes	247
Produktionsmittelindustrien in der Weltwirtschaft — Gewerkschaftlicher Kampf im Betriebs	248

Unzureichende Unterstützung

kostet er noch mehr. Welche Zeitersparnis bedeutet die Erweiterung der Straßenbahn-, Omnibus- und Untergrundbahnlinien! Nur schade, daß die unergründliche Weisheit der Tarifstellen dieser Unternehmungen es dahin bringt, daß viele Leute aus Geldersparnis wieder das Fahrrad besteigen müssen.

Was kann die Technik nicht alles! Da gießt man Häuserwände in einem Stück, klappt sie hoch, setzt Fußböden, Fenster, Türen ein, und eine Familie könnte ein billiges Eigenheim haben — aber noch wohnen Hunderttausende zu 4 und 6 Personen in engen Räumen, und dabei haben wir alles, was zum Bauen notwendig ist, im eigenen Land: Stein, Holz, Ziegel, Arbeitskräfte, die nur darauf warten, Beschäftigung zu finden, und Geld so viel, daß es milliardenweise auf ausländische Banken gelegt werden kann. — Die Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft macht, soweit es die Verhältnisse erlauben, gute Fortschritte; was nützt es aber, wenn die Landwirte mit ihren eisernen Helfern auf weizenfähigem Boden den wenig verlangten Roggen anbauen, dessen erzwungener Verbrauch Anlaß zu politischen Schwierigkeiten wird?

Auf der Weltkraft-Konferenz wurde unter anderem ein Plan besprochen, die Kohlen- und Oelfelder sowie die Wasserkraft des ganzen europäischen Festlandes zur Elektrizitätsgewinnung an Ort und Stelle zu verwenden und die Leitungen untereinander zu verbinden. Bei der großen Ausdehnung dieses Systems von Nord nach Süd und von Ost nach West könnte ein Austausch geschaffen werden, der die so sehr betriebsverteuernden Spitzenleistungen der einzelnen Werke ausgleicht und die Verfrachtung von Brennstoffen gänzlich erspart. Die Verwirklichung dieses Planes könnte unsere Kosten für Beleuchtung und Heizung in den Betrieben und in den Haushalten auf einen kleinen Bruchteil der jetzigen herabsetzen. Die Technik wäre heute schon zu dieser Lösung fähig, wenn es aber die Völker Europas sein werden, ist eine andere Frage.

Man mag es Ausbeutung nennen, wenn man technische Errungenschaften nicht so bald wie möglich der großen Masse zugute kommen läßt; es ist aber etwas viel Schlimmeres: es ist eine unglückliche Dummheit.

Nicht die Wirtschaftspolitik ist die klügste, die den Arbeiter allein auf der Lohnliste sieht und dort sparen will, sondern die, die ihn auch als Verbraucher in den Stand zu setzen sucht, soweit wie möglich seine Bedürfnisse zu steigern und zu befriedigen. Eine solche Einstellung ist nicht allein gesunde Sozialpolitik, sie ist sicher auch ein gutes — Geschäft.

„Eine grandiose Sinnlosigkeit“

In der Handelszeitung des Berliner Tageblattes untersucht der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. Felix Pinner das Problem der sinkenden Preise. Er kommt zu bemerkenswerten Feststellungen, so zu der, daß der jährlich eintretende Steigerung der Weltproduktion um etwa 3 Prozent entsprechender Wachstum der Goldvorräte gegenübergestellt werden kann. Infolgedessen muß das Geld teurer und die Waren billiger werden. Der genannte Verfasser tritt der Anschauung gegenüber, als ob das Mißverhältnis zwischen Goldproduktion und Warenherstellung durch eine zeitweilige Kreditausweisung überbrückt werden könne. Bezüglich der Auswirkungen der Rationalisierung macht Pinner die folgenden zutreffenden Ausführungen:

„Eine Rationalisierung so großen Stils, mit so gewaltigem Kapitalaufwand erkaufte wie diejenige des letzten Jahrzehnts, kann ihren Sinn nicht darin finden, ihre Kräfte nicht darin erschöpfen, durch Kostenaufblähung kompensiert und wirkungslos gemacht zu werden. Ein Prozeß der Technisierung, der nicht zu einer Senkung der Erzeugungskosten und Preise führt, der nicht auf diesem Wege die Grundlagen für eine gewaltige und fortschreitende Ausweitung des Verbrauchs schafft, ist nichts weiter als eine grandiose Sinnlosigkeit. Der großartigste technische Fortschritt wird zum leeren Spiel, wenn er zu nichts weiter als zu einem Sichtschauspiel der Technik und zur Erfüllung ihrer technischen Wunschträume führt, wenn er keinen anderen Erfolg hat, als Menschen durch Maschinen zu ersetzen, wenn er nicht die Möglichkeit schafft, durch Senkung des Preisniveaus und Steigerung des Absatzes Spielräume die durch die Maschinen arbeitslos gewordenen Bevölkerungsteile wieder in die Produktion und in den produktiven Verbrauch einzuschalten. Gerade wenn die große Perspektive dahin geht, daß monetäre (geldliche) Bedingungen die Weltwirtschaft unter das Gesetz sinkender Preise zwingen, erscheint es für die Menschheit logisch und notwendig, diesen Zwang nicht in jahrzehntelanger Depressions-tendenz mit allen ihren lähmenden Auswirkungen auf die geschäftliche Unternehmungslust über sich ergehen zu lassen, und sich auf nutzlose Versuche zu beschränken, seine Wirkungen durch kleine Palliativmittel hier und da zu hemmen. Die richtige Politik kann vielmehr nur darin bestehen, diesem Zwang zuvorzukommen, ihm vorauszuweichen und dadurch eine Krisenbewegung, die durch ihren schleichenden Charakter und ihre Unabsehbarkeit das Weltgeschäft chronisch ernstieren muß, so rasch wie möglich zum Ende zu bringen.“

Es ist in der Tat eine große Sinnlosigkeit, auf der einen Seite große technische Fortschritte zu feiern, die lediglich den Zweck haben sollen, Menschen in der Produktion überflüssig zu machen, anstatt der Menschheit zu dienen und ihren Reichtum zu fördern.

Glaubensvermerke auf Steuerkarten

Auf den Steuerkarten findet man in der Regel keinen Konfessionsvermerk mehr, wie es den klaren und eindeutigen Bestimmungen der Reichsverfassung auch entspricht. Es gibt aber seltsamerweise auch Ausnahmen hiervon, auf denen ausdrücklich Angabe des Glaubensbekenntnisses verlangt wird. Eine derartige Maßnahme muß als eine völlig unangenehme Willkür angesehen werden. Oder sieht etwa das Finanzamt Offenbach-Land in Hessen über der Reichsverfassung? Die Steuerkarte bekommt bekanntlich der Unternehmer in die Hand, und damit ist der Gestattungsschnülfelz Tür und Tor geöffnet. In einer Zeit, in der Abbau und Entlassungen auf der Tagesordnung stehen, wird zum Beispiel ein katholischer Arbeitgeber höchstwahrscheinlich seinen Glaubensgenossen behalten und den anderen entlassen. Die gleiche Möglichkeit besteht natürlich bei den anderen Konfessionen. Besonders aber wird bei der durchschnittlichen Denkungsart der maßgebenden Kreise und dem Überangebot an Arbeitskräften ein Dissident oder Freireligiöser überhaupt keine Arbeit mehr finden. Hiergegen muß Einspruch erhoben werden, und es ist zu verlangen, daß solche mit Konfessionsvermerk versehene Steuerkarten zurückgenommen und nicht mehr angefordert werden. Es geht bei den meisten Finanzämtern ohne einen derartigen Vermerk auf den Steuerkarten und ist auch nur so verfassungsrechtlich vertretbar. F. R. C.

In allen bürgerlichen Zeitungen liest man die Absichten der „Sozialpolitiker“, das wirtschaftliche Elend, sogar die große Arbeitslosigkeit durch eine Senkung der Arbeitslöhne zu beseitigen. Natürlich verspricht man auch in allen Tonarten, daß gleichzeitig die Preise der Waren entsprechend gesenkt werden müßten. In Erwartung der Dinge hat man jedenfalls sehr viele notwendige Artikel um 10 bis 15 Proz. im Preise in die Höhe geschraubt, um dann eine Preissenkung um 10 Proz. wieder vorzunehmen. Damit ist das Gesicht gewahrt und der Schaden nur auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Daß aber die Löhne an sich im allgemeinen in Deutschland nicht hoch waren, die Kaufkraft des Arbeiters noch mehr sinken würde, wird weiter nicht beachtet.

Neuerdings hat man es den beitragsmüden Arbeitern auch plausibel zu machen versucht, daß ihre sozialen Beiträge unbedingt gesenkt werden müßten. Die „arbeiterfreundlichen“ Blätter rechnen aus, welche erheblichen Summen die Arbeiterschaft heute für die Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosen-Versicherung zu tragen hätte. Jede Senkung dieser Beitragsleistungen würde eine beträchtliche Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft nach sich ziehen. Gutgläubige Arbeiter werden aber übersehen, daß auch hier die Unternehmerschaft mit sparen will. Dabei übersieht man, daß in der Invalidenversicherung gar nichts gespart werden kann, wenn man nicht z. B. auf die vorbeugende Fürsorge, auf das Heilverfahren usw. verzichten will. Die Rentenhöhe selbst kann doch nicht herabgesetzt werden. In der Arbeitslosen-Versicherung ist wirklich nichts zu sparen, denn die Zahl der zu Unterstützenden wächst von Woche zu Woche und die Gemeinden brechen unter der Last ihrer sozialen Fürsorge für die Ausgesteuerten fast alle zusammen.

Bleibt also nur als Gegenstand der sofortigen Sparmaßnahmen die Krankenversicherung übrig. Man ist deshalb eifrig bemüht, durch eine Schnellgesetzgebung die Krankenversicherung zu verschlechtern und spekuliert auch dabei auf die beitragsmüden Arbeiter. Die Beiträge sollen entsprechend herabgesetzt werden, die Arbeiter sollen sparen. Die Mehrzahl der Arbeiter aber weiß, daß sie heute ohne Vermögen sind, auch keine Sparkassenguthaben, wie teilweise vor dem Kriege, mehr besitzen. Deshalb ist eine gute Versicherung heute für die Arbeiterschaft noch die beste Sparkasse. In gesunden Tagen zahlt der Arbeiter eben seine Beiträge, um im Falle der Erkrankung auch ausreichend unterstützt zu werden.

Merkwürdigerweise wehrt sich der Deutsche Städtetag nicht gegen die Sparpläne der Regierung, die auch einen schweren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen bedeuten. Bisher mußte sich doch jede Stadtverwaltung über den Ausbau der Leistungen einer Krankenkasse herzlich freuen. Je höher das Krankengeld ist, je höher die Krankenhauspllegesätze und je besser sich die Wochenpflege gestalten, desto weniger ist die Fürsorge einer Gemeinde belastet. Ebenso groß ist der Vorteil der Gemeinden, wenn durch eine gute Familienfürsorge der Krankenkassen in Zeiten der Not die Familie geschützt ist und nicht der Gang zum Wohlfahrtsamt so oft angetreten werden muß. Beitragssenkung bedeutet eine große Ermäßigung der Leistung, also eine Schädigung der Gemeinden. Bisher war die Krankenversicherung immer noch die beste Versicherungsart. Der erkrankte Arbeiter hatte immer neben der freien ärztlichen Behandlung, Arznei und dergleichen noch ein Krankengeld erhalten, welches ihn und seine Familie vor dem Ruin schützte. Kann man das von der Invaliden- und Altersversicherung auch behaupten?

Der Arbeiter wird mit dem erreichten 65. Lebensjahre, und wenn seine Invalidenkarte alle in Ordnung sind, mit einer Rente abgespeist, die zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Man hat die ganzen Jahre hindurch die unzureichende Altersrente von 30 bis 40 Mk. den Monat damit begründet, daß es sich um alte Leute handelt, die bei erwachsenen Kindern leben, die Rente also nur ein Zuschuß zu sein brauche. Man übersieht aber, daß in vielen Fällen die erwachsenen Kinder für ihre Eltern nicht sorgen und die Altersrentner von der Gemeinde, dem Wohlfahrtsamt mit unterstützt werden müssen. Jede Gemeinde hat ihre Abteilung Sozialrentner. Die zusätzliche Unterstützung zum Lebensunterhalt ist in den

meisten Fällen fast so hoch, wie die Rente selbst. Wehalb also unzureichende Rente und der Umweg über das Armenamt? Hat es der Alte verdient, bis zum hohen Alter gearbeitet und „geklebt“ zu haben, um dann doch zur kargen Rente Armenbrot zu essen?

Bei der Invalidenrente, die in den meisten Fällen noch niedriger ist, kann auch die Ausrede wie bei alten Leuten nicht gebraucht werden. Es werden heute Arbeiter, an Tuberkulose usw. erkrankt, mit dem 25. Lebensjahre schon als „invalid“ erachtet, und auf sie trifft dann der alte Vorwurf gegen diese Versicherungsart zu, daß eine Rente von 33 1/3 Reichspfennig den Tag unmöglich zum Lebensunterhalt ausreichen kann. Wird nun die Krankenversicherung nach den Plänen der Scharfmacher wesentlich verschlechtert, so ist die Gefahr der Invalidität noch höher. Geht z. B. ein armer Arbeiter nicht rechtzeitig zum Arzt, weil er den verlangten Vor-schuß nicht gleich deponieren kann, so kann eine Erkrankung dauernd werden. Vorbeugen ist bekanntlich besser als heilen! Deshalb ist die Krankenversicherung immer der Meinung gewesen, daß es besser ist, zu früh als zu spät zum Arzt zu gehen, da im ersten Stadium die meisten Krankheiten noch geheilt werden können.

Will man nun auch noch zu allem Elend die Arbeitslosen-Unterstützung herabsetzen? Wenn ein Arbeiter bei einem Wochenlohn von 30 bis 40 Mk. seine Familie kaum ernähren konnte, so muß er im Falle der Arbeitslosigkeit ins Elend versinken, wenn die Unterstützung kaum 20 Mk. die Woche beträgt. Noch schlimmer wird das Elend, wenn sich die Arbeitslosigkeit über Monate und Jahre erstreckt.

Die Arbeitslosigkeit ist heute zu einem Beruf geworden. Ein Millionenheer ist heute untätig und muß sich von öffentlichen Mitteln mit seinen Familien ernähren, ja noch verspottet lassen, obwohl es sich krampfhaft bemüht, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Arbeitslose sollten überhaupt nicht mit dem Armenamt in Berührung kommen, weil sie voll arbeitsfähig in der Lage sein müßten, ihre Familien selbst zu ernähren. Die Armenämter wurden einst geschaffen, um arbeitsunfähige, alte oder asoziale Arbeiter zu ernähren, die im Arbeitsprozeß nicht mehr eingereiht werden können. Eine richtige Arbeitslosenfürsorge müßte ihren ganzen Stolz darauf setzen, die Arbeitslosen von der öffentlichen Armenfürsorge fernzuhalten. Deshalb nicht Verschlechterung, sondern wesentliche Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge.

Die unzureichende Unterstützung ist nicht allein eine Ernährungsfrage, sondern drückt sich auch in der Wohnfrage aus. Ein gut bezahlter Arbeiter hatte sich eine Wohnung geleistet, die zum Beispiel 60 Mk. den Monat kostet. Wird er arbeitslos, so tritt sofort die bange Frage an ihn heran, ob er aus den Mitteln der Arbeitslosenfürsorge, die in vielen Fällen — man denke nur an die Krisenfürsorge — diesen Betrag nicht übersteigt, überhaupt die Miete zahlen kann. Der Rest ist Aussetzung, Vernichtung der Familie. Von einem Obdachlosenheim zum andern wird dann für Unterkunft gesorgt; sehr oft zu spät. Die Familie ist zerrissen und verlottert.

Jetzt fordert man wieder aus fiskalischen Gründen den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, weil die Millionen nicht aufgebracht werden könnten. Was würde man von einer Krankenkasse sagen, wenn sie bei einer Epidemie plötzlich erklären würde, daß die große Zahl der Erkrankten eine gewaltige Herabsetzung der Leistung zur Folge haben müßte? Jedermann wird zugeben, daß der einzelne leben muß und daß man nicht jahrelang mit einer Unterstützung von 18 bis 20 Mk. wöchentlich eine Familie ernähren kann, wenn in guten Tagen ein Arbeitslohn von 50 bis 60 Mk. wöchentlich zum Leben notwendig war. Der Erfolg ist, daß in diesen Fällen die Gemeinden mit Millionenbeiträgen ergänzend eingreifen müssen, sei es in Barzuschüssen, Kinderzulagen oder Mietzuschüssen usw. Die Arbeiterschaft hat deshalb allen Grund dazu, die geplanten schweren Angriffe auf die Arbeiterversicherung abzuwehren.

Die seit Jahrzehnten errungenen Mehrleistungen der Krankenkassen stehen alle auf dem Spiel. Eine Verschlechterung der Leistungen der Krankenkassen würde sich wie bei der unzureichenden Arbeitslosenfürsorge nur in großen Zuschüssen der Gemeinden auswirken. Wohltat kann auch zur Plage werden. E. G.

Die Hochflut der Patente

Selbst in dieser raschlebigen Zeit gibt es Menschen, die eifrig bemüht sind, die technischen Errungenschaften zu vermehren. Hierüber gibt der Bericht des Reichspatentamts Auskunft. Im Jahre 1929 belief sich die Gesamtzahl der angemeldeten Patente auf 72 748. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von 2,6 Proz. eingetreten. Bei den angemeldeten Patenten sind einige Branchen besonders vertreten. Die Elektrotechnik steht mit 9577 Patentanmeldungen an der Spitze. Dieser Industriezweig hat auch mit 2676 die größte Zahl der Patenterteilungen aufzuweisen. Von der Gesamtzahl der Anmeldungen entfallen auf das Deutsche Reich 57 522 (79,1 Proz.) und auf das Ausland 15 226 (20,9 Proz.). Die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen mit 2992 Anmeldungen an der Spitze. Es folgen: Frankreich mit 2488, die Schweiz mit 2045, Großbritannien mit 1860. Die übrigen Länder beteiligten sich mit weniger als 1000 Anmeldungen. Am Jahreschluß befanden sich noch 77 508 Patente in Kraft. Gebrauchsmuster waren 67 285 eingetragen.

Nicht Partei ergreifen, das heißt: keine Ueberzeugungen haben oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt in einer schmachvollen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, welche das Herz der Menschheit durchzucken, die eigene Ruhe und Behaglichkeit den gewaltigen Fragen vorziehen, von denen das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt und so die Pflichten verletzen, welche wir dem Vaterlande schulden. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Irrtümer, für alle Ueberzeugungen, sie hat keine für Ueberzeugungslosigkeit. (Ferdinand Lassalle: Politische Aufsätze.)



Der Sisyphus von heute

O Stuttgart — ade!

Die letzten Stunden in der Rötburg.

Stuttgart, 22. Juli.

F. K. Die Zeit von Stuttgart ist nun wahrhaftig vorüber; die letzten Stunden des Daseins in der Rötburg sind gekommen. Diese harte Tatsache verursacht ein würgendes Gefühl weit unten im Seelenschacht. An so etwas hatte man gar nicht gedacht, als die Uebersiedlung nach Berlin zur Entscheidung stand. Man wähnte, man könne von diesem Orte fortgehen, wie von jedem andern. Wie kann der Mensch sich trügen! Jetzt, wo die harte Notwendigkeit der endgültigen Trennung da ist, merkt man erst eigentlich, mit wieviel Herzensfäden man mit der Stadt und dem Labyrinth in der Röttestraße verbunden, verwachsen ist. Es ist gerade, als ob einen diese Stadt noch fester packen wollte: die lieblichen Waldeshöhen locken mit tausend holden Klängen; die winkligen Gassen sind nie gewinnender gewesen, und der schwäbische Wein, den verständnislose Abstinenzler zu dem Alkohol rechnen, dünkt einen wie Göttertrank.

Aber, was nützt jetzt das alles: geschieden muß sein, und das bald! Eine Anzahl von den Alteingesessenen der Rötburg sind schon von ihr geschieden. Einer nach dem andern von den pensionierten Angestellten ist gekommen, um uns noch einmal die Hand zu drücken. Mit stockendem Wort nur vermochten sie den Händedruck zu begleiten. Die Trennung von der lebenslangen Wirkungsstätte ist den meisten schwer, sehr schwer geworden. Sie war ihnen mehr als der Arbeitsplatz; sie war ihnen die Stelle, wo sie für die große Sache schafften, die ihre Ueberzeugung ist. In dem Hause an der Röttestraße haben sie alle die beste Zeit ihres Lebens für die sozialistische Sache und für ihre Berufskollegen nach bestem Vermögen gewirkt. Das hätten die meisten, nein alle, von den pensionierten Angestellten sicherlich noch weiter getan. Denn man läßt nicht gern eine Wirkungsstelle im Stich, mit der man mit Kopf und Seele verbunden ist. In der Stunde der Trennung war allen das Herz voll. Und wir, die Verbleibenden, konnten ihnen nichts sagen, sondern ihnen nur noch einmal die Hand schütteln. Denn auch uns steht die Trennung bevor; auch für uns gibts ein Verweilen in der Rötburg nicht mehr.

Sie ist die letzten Wochen immer ungestaltlicher, immer ungemütlicher geworden. Nicht nur, daß ihre Bewohnerzahl immer dünner wurde. Seit Wochen schon stänkern fremde Kerle dort herum, werfen alles drunter und drüber, schleppen Bücher, Akten und Möbel fort und zeigen nicht das geringste Verständnis für die lieben Gewohnheiten der Insassen und die hehre Tradition des Hauses. Allgemach ist auch der letzte Schrank mit den Berichten und dickeibigen Aktenbündeln verschwunden. Die ganze Einrichtung besteht nur noch aus schabigen Gestellen und Kisten, und das Handwerkszeug, wenn man davon überhaupt noch reden kann, liegt auf dem Boden oder in den Fensterbrettern. Unter solchen Umständen ist an ein ordentliches Schaffen nicht mehr zu denken. Was kann ein richtiger Gewerkschaftsbeamter wohl ohne Akten viel tun? Er kann ihnen nur folgen. Und die sind auf dem Wege nach Berlin. So bleibt denn auch dem Rest der Angestellten nichts anderes übrig, als das Krämchen zu packen und aus der ungemütlich gewordenen Stätte zu fleuchen und den Arbeitsmitteln, den Akten und Kästen nachzureisen. Ein Teil der Angestellten ist ihnen schon vorausgereist.

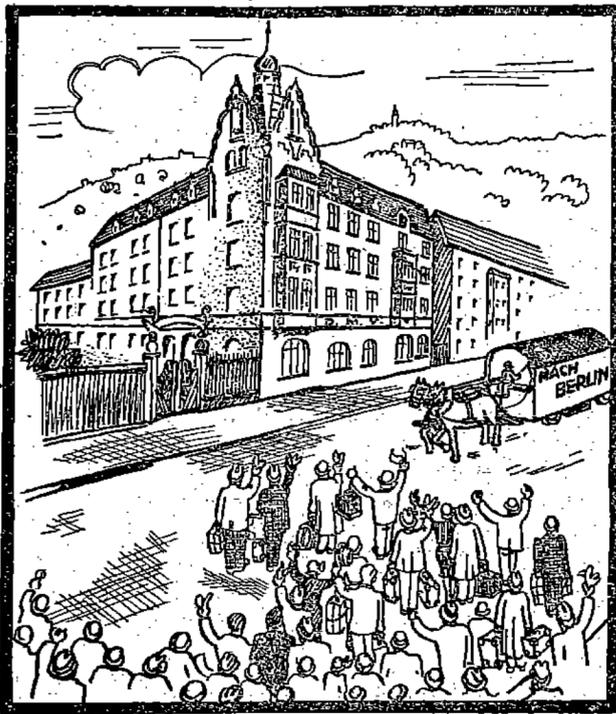
Selbst oben auf der lichten Höhe der Schriftleitung hat Zerstörerwut getobt. Dort siehts aus wie in Polen. Unbezahlbare Makulatur ist an den Wänden hochgeworfen. Die Größe der Haufen läßt ermaßen, wie fleißig da geschaf worden ist. Das wäre ja an sich nicht schlimm. Schlimmer schon, daß solche wertvolle Makulatur dort nicht mehr erzeugt werden kann. Sie haben nämlich die beiden Schreibbänke weggeschleppt, auf denen sich jahrzehntelang reiner Geist in Tinte und Papier materialisierte, und den Kleisterkessel und die Scheren dazu. Nur ein paar Kisten und ein schabiges Gestelle ist geblieben, das nicht die schwarzen Zeichen emsigen Fleißes und der Tradition aufweist. Und in einem fort wird die Schriftleitung gefragt, ob sie nicht bald verschwände, damit die Seifenkisten und das Schreibgestell auch verschwinden könnten.

Nun darf sich eine Schriftleitung, die den Namen verdient, nicht durch Wegschleppen ihres Handwerkszeugs wie Tisch, Sessel, Schere und Kleisterkessel zum Aufgeben der Arbeit verleiten lassen; zur Not kann sie es auch ohne diese Dinge. Und diese Zeilen, die unter diesen wüsten Zuständen geschrieben werden, beweisen, daß die Schriftleitung der MZ den Mut hat, die Stellung zu halten. Leider aber werden jetzt auch die Maschinen abgebrochen. Vor drei Tagen ist die große Rotationsmaschine das letztemal gelaufen. Seitdem ist eine ganz unheimliche Stille im ganzen Hause. Sie rumpelte so nett, erschütterte das Gebäude so angenehm, versetzte den Erdboden der Schriftleitung in eine wohlthuende Bewegung und trug zur Stärkung der Nerven merklich bei. Wie oft ist nicht darüber geflücht worden. Jetzt nun, wo diese Unterhaltsamkeiten fehlen, wird sehnsüchtig gefragt, warum die Rotation nicht laufe. Es scheint, die Stille wirkt unheimlich —

unheilverheißend. Die Rotationsmaschine, die gute alte, hat sich nach 28jährigem Rennen ausgelaufen. Sie wird nur noch fahren, und zwar in einem Bahnwagen, irgendwohin.

Die Möbel und Bücher haben die Rötburg verlassen, heute verlassen sie die Maschinen, und morgen wird sie von den letzten ihrer alten Bewohner verlassen werden. Sie ist ungemütlich geworden, morgen wird sie unheimlich leer sein. Die Schritte klingen in ihren Zimmern und Räumen hohl. Man fühlt, hier ist des Bleibens nicht mehr. Verdächtige Gestalten treiben sich schon herum, die darauf warten, daß wir uns nun endlich vollends dünne machen. In ein paar Wochen werden diese Gestalten das ganze Gebäude in Besitz genommen haben. Die Rötburg wird dann nur noch körperlich bestehen; ihr Sinn, ihre Bedeutung aber wird bald verblaßt sein. Für das heranwachsende Metallarbeitergeschlecht wird sie, wenn überhaupt, nur eine schwache Erinnerung sein. Man wird viele Worte brauchen, um den Jungen, die ein großes Erbe antreten, ohne viel dazu beigetragen zu haben, begreiflich zu machen, was dieser einfache und etwas altmodische Bau ihren Vätern gewesen ist.

Als dieser Bau im Jahre 1902 bezogen wurde, galt er in der deutschen Arbeiterbewegung als ein kühnes Unternehmen. Es fehlte damals nicht an Leuten, die



meinten, der Metallarbeiter-Verband habe sich mit diesem Verwaltungsgebäude geldlich übernommen. Verständlich damals, wo der Verband 128 000 Mitglieder hatte, die im Verhältnis zu heute geringe Beiträge zahlten. Es war dies das erste eigene Hauptquartier einer deutschen Gewerkschaft. Und daß es darin gar eine eigene Druckerei errichtet hatte, galt als äußerst gewagt. Es ist bezeichnend für die damaligen Verhältnisse, daß die Hauptverwaltung in neun Zimmern geschehen konnte. Ihre Zahl nahm indessen bald und fortgesetzt zu, da der Verband sich wider Erwarten prächtig entwickelte. Eine Wohnung nach der andern mußte für die Verwaltung genommen und ein Anbau für die Druckerei gemacht werden.

Die räumliche Ausdehnung der Hauptverwaltung und die Zunahme ihrer Angestellten sind indessen nur der Ausdruck von dem Aufschwung des Metallarbeiterverbandes. Es ist gerade, als ob seine Entwicklung mit dem Einzug in die Rötburg unter einem besonders günstigen Stern gekommen wäre, denn jetzt setzte ein Hochgang der Mitgliederzahl ein, wie er bis dahin noch keiner Gewerkschaft beschieden gewesen war. In den vorhergehenden zwölf Jahren stieg die Mitgliedschaft von 18 000 auf 128 000 oder um nicht ganz 9 000 im Jahresdurchschnitt. Welcher Jubel, als im Jahre 1900 das erste Hunderttausend Mitglieder erreicht war. Gar mancher meinte damals allen Ernstes, daß es mit diesem „Eiltempo“ nun wohl zu Ende sei. Eine Mitgliedschaft von einer halben Million zu prophezeien, das wäre dem Kühnsten kaum eingefallen. Er wäre darob zu den Phantasten gereiht worden. Und dennoch war die für schier unmöglich gehaltene halbe Million bald erreicht, und der Vormarsch auf die ganze Million ging wacker vorstatten. Bald war auch sie und noch einiges mehr erreicht.

Jedenfalls ist der Verband in der Rötburg zur stärksten Gewerkschaft der Welt geworden. Er hat sich so mächtig gereckt und gestreckt, daß die Burg für ihn allgemach zu eng wurde. Er bedurfte längst schon ein größeres, ein neuzeitliches Hauptquartier, und das auf günstigerem Boden, auf einer höheren wirtschafts-politischen Warte, wo er noch wirksamer seine Aufgaben verfolgen, der Sache der Metallarbeiter-schaft noch besser dienen kann. Nur der Krieg und seine Fortsetzung konnten die Erfüllung der längst ge-

fühlten Notwendigkeit so lange hinausschieben. Erst der Verbandstag von Karlsruhe im Jahre 1928 traf den endgültigen Entscheid. Der Bau wird übrigens auch fernherin dem Wohl des arbeitenden Volkes dienen. Er ist von der benachbarten Landesversicherung erworben worden, die darin einige ihrer Abteilungen unterbringen will. So werden denn künftig nicht bloß Metallarbeiter, sondern Arbeiter aller Berufe samt ihren Angehörigen das Gebäude aufsuchen, um dort Rat, Hilfe und Heilung zu suchen. Das Hauptquartier der Metallarbeiter wird zum Hauptquartier der gesamten schaffenden Allgemeinheit!

Mit dem heutigen Auge gesehen, ist die Rötburg ein unzulängliches, winkliges, unübersehbares Zimmergewirr. Dem alten Gewerkschaftergeschlecht jedoch schien das keineswegs so. Im Gegenteil.

Doch sei dem wie ihm wolle, das eine steht fest: in diesem Gebäude hat sich für die Metallarbeiterschaft höchst Wichtiges und Geschichtliches abgespielt. Hier sind fast drei Jahrzehnte lang aus allen Industrie-gegenden die Klagen und Ermutigungen, die Sorgen und Freuden zusammengelaufen. Hier ist wie nirgendwo um die Sache des Proletariats gebangt, gehofft, gesorgt und gewirkt worden. Hier sind die Kämpfe der Metallarbeiterschaft beraten und beschlossen, ihre Siege gefeiert und ihre Niederlagen auszuwetzen versucht worden. Hier ist der Puls der Wirtschaft ständig befühlt, Schlüsse daraus gezogen und für das Wohl der Arbeiterschaft genutzt worden. Hier kamen dreißig Jahre lang von Deutschland, nein, von der ganzen Welt die Sendboten des Proletariats zusammen, um Rates zu pflegen und Entscheidungen zu treffen. Von hier gingen die sozialistischen Funken, die freundschaftlichen Wünsche, die richtunggebenden Weisungen und die kraftpendende Munition hinaus in das Kampffeld, in die Welt. Von diesem Gebäude ist somit für eine ganze Arbeiterschaft Hoffnung und Rat, Ermutigung und Kraft, und dadurch reicher Segen geflossen.

Wir, die wir diese dreißig Jahre sehend, fühlend, mit leidend und mit kämpfend erlebt haben, wir wissen, was uns die Rötburg, was sie der Arbeiterschaft war. Wir wollen, daß dies nie vergessen wird, wir wünschen, daß das kommende Geschlecht dessen eingedenk sein möge. Darum ist es jetzt, in dieser schweren Stunde, noch ausdrücklich gesagt, wo wir im Begriffe sind, dieses Gebäude, die Burg der Metallarbeiter von dreißig Jahren für immer zu verlassen.

Die Erinnerung an ihre geschichtliche Bedeutung und Größe überkommt uns jetzt besonders stark, wo wir die letzten Zeilen unter ihrem Dache schreiben. Diese Erinnerung sei uns heilig. Diese Erinnerung sei bei den kommenden Geschlechtern wachgehalten. Diese Erinnerung macht uns das Scheiden schwer. Noch einmal sehen wir uns in dem Hause um, noch einmal spähen wir in ihre Räume. Zum letzten Male. O Rötburg — ade!

Die Folgen der Brüningschen Zollpolitik

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 167) ist entsetzt über einen Beschluß des Allgemeinen Niederländischen Molkerei-Verbandes, wonach dieser Verband als Folge der deutschen Zollpolitik seine 435 angeschlossenen genossenschaftlichen Molkereien aufgefordert hat, „unter keinen Umständen die deutschen Erzeugnisse, und zwar von den geringsten Gebrauchsgegenständen bis zu den landwirtschaftlichen Maschinen mehr zu kaufen und gegebenenfalls den Vertretern der deutschen Firmen zu erklären, welche Gründe sie hierzu veranlaßt“. Die gesamte Niederländische Industrie droht mit ähnlichen Boykottmaßnahmen gegen deutsche Waren.

Der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ bleibt ob dieser Niederländischen Gegenwehr einfach die Spucke weg. Das sind die Folgen der Zollpolitik, die von dem schwerindustriellen Blatte und seinen agrarischen Freunden betrieben worden ist. Als diese Kreise auf die verhängnisvollen Folgen ihrer Zollpolitik hingewiesen wurden, haben sie die Mahnungen verlacht. Jetzt haben sie die Bescherung, deren Kosten in erster Linie die deutschen Arbeiter und Angestellten in Gestalt von Arbeitslosigkeit zu tragen haben.

Der Herr Dekan im Schweinestall

In dem hübschen und gut katholischen badischen Städtchen Ettlingen fand ein Schauturnen des dortigen gut bürgerlichen Turnvereins statt. Selbstverständlich sind die Mädchen dabei im üblichen Turnanzug aufgetreten: Kniehose, Bluse, Hemd, das Hals und Unterarm freiläßt. Aber ebenso selbstverständlich hat die katholische Geistlichkeit daran Anstoß genommen. Kaplan Meier, der Vorsitzende der Konkurrenz, der Deutschen Jugendkraft, verweigerte Mädchen, die am Schauturnen teilgenommen hatten, bei der Beichte die Lossprechung von ihren Sünden, weil sie nicht das Versprechen geben konnten, aus dem Turnverein auszutreten. Und im Religionsunterricht ließ der geistliche Herr einen Aufsatz machen über das interessante Thema, was nun die Kinder vom Schauturnen halten. Der Aufsatz soll aber unbefriedigend ausgefallen sein. Der Herr Dekan sah sich der hochwürdige Herr Dekan genötigt, im Religionsunterricht in der Handelsschule vor 16jährigen Mädchen das Schauturnen so zu erläutern: „Wenn ich nackte Schenkel sehen will, dann brauche ich nur die Saustalltür aufzumachen, dann sehe ich eine Sau mit vier nackten Schenkeln.“

Was die Kirche innerhalb ihrer Organisation für sittlich und unsittlich ansieht, kann uns gleichgültig sein. Wenn ein Religionslehrer aber innerhalb der staatlich gebotenen und staatlich bezahlten Religionsstunde derartige — nennen wir es einmal Stammtischderbheiten von sich läßt, dann hat immerhin die Öffentlichkeit ein Recht, sich gegen derartige Erzieher sehr energisch zu wenden.



Familie und Heim



Die Arbeitsfrau

Sieh dich jeden Morgen
Zur Arbeitsstätte gehn.
Ich seh dich voller Sorgen
An der Maschine stehn.
Früh-pat hält dich gefangen
Die Mühsal der Fabrik.
Staub fallet deine Wangen,
Rauch schleiert deinen Blick.
An Kirchen und Palästen
Gehst hin und her dein Schritt.
In Nischen, auf Podesten
Hält dumpf dein müder Critt.
Zu Hause neue Plage,
Zu Hause neue Pflicht.
So nimmst deine Tage
In Mühsal und Verzicht.
Dein Golgatha auf Erden
Wird spurlos nicht verweht:
Aus deinem Schoße werden
Die Rächer auferstehn.

Schon röten sich die Strahlen
Der Menschendämmerung,
In flammenden Fanalen
Erleuchtet du schön und jung.
Und aus dem Flammenmeere
Steigt dann ein neu Geschlecht
Zu lebtem Kampf und Wehre
Für dein entweihtes Recht.
Du stellst die rote Fabne
Dann zwischen Tag und Nacht,
Gewitter und Orkane
Verkünden deine Macht.
Orkane und Gewitter
Umrausen deinen Chron.
Mit dem Crumpf der Ritter
Der letzten Rebellion.
Die bunte Sternkorona
Umfunkelt deinen Platz,
Denn du bist die Madonna
Des Proletariats!

Victor Kalinowski.

Selbstmord aus Not

Bei Schmiedeknechts ist heute die Tür noch gar nicht aufgegangen. Ich stellten gegen Mittag ein paar Flurnachbarinnen fest, „das ist doch sonderbar!“
„Gaben nicht Schmiedeknechts drei Kinder? Die müßte man doch hören! Oder sind sie gar verzeiht?“
Frau Hamble lacht. „Schmiedeknecht und herrschen? — Sie sind wohl nicht ganz —? Wo die Frau schon im vierten Monat krank liegt und der Mann seit ne Woche nicht mehr die Arznei machen lassen kann und keine Milch nicht nehmen von wegen hier!“ — Sie macht die Gebärde des Geldzählens.
„Aha, da stimmt was nicht! Da laß ich mir nicht von abbringen! Bei Schmiedeknechts is was passiert!“
Als es gegen zwei Uhr nachmittags immer noch still war in der Wohnung, meinte Frau Hamble: „Ich gehe jetzt uffs Revier anmehren! Die Wohnung reicht mir zu sehr nach ausgehorben.“
Nun hielten es auch die übrigen Nachbarninnen für vorteilhafter, vor der rätselhaften Korridorür zu warten, um möglichst bald aus nächster Nähe die weitere Entwicklung der Dinge mitzuerleben. Sie nahmen unterdessen die Schmiedeknechtschen Lebensverhältnisse vor und kamen zu dem Schluß, daß man sich nicht wundern dürfte, wenn Schmiedeknecht etwa —
Es sei nun drei Jahre her, daß besagter Mann seine Arbeit verloren habe und ungefähr ebenso lange, daß es mit der Gesundheit der Frau abwärts gieng. Jüngendliches Frauenleiden, durch die Kinder verursacht, hernach keine Schwangerschaft, tägliche Aufwachtungs-gänge und Wachen, um ein paar Groschen zu verdienen. — Abwechselnd allerlei Kinderkrankheiten, die stets Geld kosteten und deren Nachwirkung ihr oblag.
Schmiedeknecht selbst schließlich in Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgezehert, empfing nun vom Wohlfahrtsamt das Altemotwendigste zum Leben. Von ausreichender Versorgung konnte keine Rede sein. Also Raubbau in jeder Beziehung. Körperlich, dann im Haushalt. Was an Wäsche, Schuhwerk und Kleider da war, aus besserer Zeit, wurde aufgebraucht. Neues kam nicht hinzu.
Mit Einbruch des Winters mußten eigentlich Kohlen und Kartoffeln ins Haus, aber von was? Nun, also pflanzweise geholt. Geht hungert, gestrenkt! Da legt sich die Frau hin und kann nicht mehr auf. Schmiedeknecht sieht das Herz still. Die Kinder hoden stumm auf. Schmiedeknecht sieht das Herz still. Die Kinder hoden stumm auf. Schmiedeknecht sieht das Herz still. Die Kinder hoden stumm auf.
Schmiedeknecht lacht bitter. Von was denn? Von seinen paar Krüden Wohlfahrtsunterstützung, die in gewissen Tagen und mit Beihilfe der Frau schon nicht gelangt haben?
Er wirft blühige Tränen zurück, die seiner Ohnmacht gelten. Er ist bekümmert als bettelnd. Er kann nun jeder den Leuten nicht gut vor den Türen herumliegen und etwas geschenkt nehmen.
Jetzt überwindet er sich. Aber der Zustand der Frau bessert sich nicht. Die Zeit vergeht.
Zus Krankenhaus? — Keiner sagt sie würde, laßt mich zu Hause bleiben bei euch!
Sie ist eigenständig. Sie will es nicht besser haben wie ihre Familie. Der Mann will sie zwingen. Da geht sie die Kinder an und sucht einen hellen Schein aus. — Es ist ja das erste Mal, daß sie für lange von ihnen fort ist.
Gehste Frau! Gehste Mutter! — Der Mann güt nach. Die Frau wehert. Der Arzt besteht nun doch auf Überführung ins Krankenhaus, auch gegen ihren Willen.
Am Samstagabend soll sie fort. — Was ist um zwölf Uhr sticht sie am Freitags. — Der Mann ist der Qualerei müde. Er schneidet sich vor der Brust. Die Frau schreit so friedlich — die gute Frau und aufstehende Mutter! — Er legt seinen Kopf neben sie aufs Bett und möchte nun auch ruhen.
Sie haben alles gemacht bekommen — alles gemeinsam getan. — Warum nicht auch den letzten Atem zusammengeben?
Er erhebt sich und will die Kinder holen. — Erht lange nur ihren Reden, erwidert, schneidet zurück vor dem, was er tun will. — Überdient ihre Lebensangelegenheiten. — Schmeißt sie, aber auf andere Weise. Und nimmt eines nach dem anderen vor sich aus den Reihen, trägt sie hunder in die Küche, bettet sie auf die Ofenbank. — Dann bringt er auch die gute Frau. Legt sie auf den nackten Boden, legt sich selbst daneben. Überdient alles nach einmal.
Aha, sie toben es nicht erschreckt, daß Mutter tot ist und daß nun das Leben noch trüger und aber sich, was freude- und heilester. — Er will es tun!
Ist er hat es. — Was ist nun nach dem Geschehen, öffnet ihn weit. — Sieht sich nieder. Hat das entsetzliche Ges. rausgen, sieht wie die Augen sich hängen, es einander. Kampf mit transparenz, wägenben überleben. — Ein Aha, sagt sich im Schilde. Es kommt. — Er betet: „Gottgott, laß es nicht ankommen — nicht recht ankommen!“
Die Schreier der Kinder vernehmen man und man werden gelb und blaß. — Seine Sinne verwirren sich. — Er schreit noch ein paar mal emp. — Einmal geht es in seinen Ohren. Er will den Kopf schütteln — aber die Kinder geborgen seinen Willen nicht mehr. — Da sieht er. Einmal zurück. Bisher harter Schande. „Gott, wenn du bist, wenn du Barmherzigkeit forderst für diese da — ich will mit dir reden, will dir alles erzählen — Alles — alles!“
Ein Polizeimittel kommt mit Frau Hamble zur Seite und soll gleichmäßig auch die Herrschaft. Es wird geprügelt bei Schmiedeknechts nach als die Korridorür aufgeht, hat man auch festgestellt die erste Gewissheit.

Was! Schreit es aus vielen Kehlen. Die Feuerwehr arbeitet. Dann bringt auch die Polizei ein in die Räume und nimmt den Tatbestand auf. Gegen sechs werden die fünf Leichen fortgebracht zur Obduktion. Man will Klarheit haben. Man gewinnt auch Klarheit und schreibt in die Akten wie schon so oft: Selbstmord einer ganzen Familie aus Not.
Auch die Zeitungen berichten darüber; aber es macht keinen Eindruck mehr. Dergleichen geschieht zu oft.
Die Schmiedeknechts werden begraben. Die Welt geht weiter ihren Gang. Es kümmert Menschen nicht, wenn Menschen zugrunde gehen, solange sie es nicht selbst sind.

Ein Schreckgespenst

„Frau Bilein, Frau Bilein!“ Schreit mein kleines Mädel aus Weibeskraften und wuppich, ist sie auf der anderen Seite des Hofes bei der Nachbarin. — „Sehen Sie nur, Frau Bilein, ich darf heute zum Zahnarzt.“ Höre ich die helle Kinderstimme begeistert verkünden. „Wahrscheinlich wird der große Zahn da hinten gefüllt.“
„Uns Himmelswillen — zum Zahnarzt! Und da lachst du Dummerle noch! Na, du weißt eben noch nicht, wie es da ausgeht.“
„Freilich weiß ich!“ Ich lachst nun ihre gefränkteste Miene auf. „Ich hab doch schon vier Füllungen.“ Und zum Beweis reißt sie ihr Mäntchen sperrangelockt auf und zeigt mit den Fingern: „Da, die süßberglänzenden sind.“
Die Nachbarin schlägt die Hände zusammen: „Sitz die Möglichkeit — fünf Jahre alt und schon vier plombierte Zähne, und der fünfte kommt auch gleich dran! Ja, ja, das sind die Kinder von heute. Zu meiner Zeit ist man mit 16, 18 Jahren das erste Mal zum Zahnarzt marschiert.“
„Das stimmt allerdings.“ komme ich nun meinem Herlein zu Hilfe, „aber dafür hat man auch mit 30 Jahren schon ein künstliches Gebiß gebraucht. Die Milchzähne ließ man überhaupt nicht behandeln, sondern einfach rausfallen. Die bleibenden Zähne kamen dadurch oft sehr schwach und in unregelmäßigen Zwischenräumen zum Durchbruch. Wenn dann ein Schulkind Zahnweh hatte, so schickte man es heileibe nicht zum Zahnarzt, sondern mit Meißelstücken und Zahntropfen wurde der Schmerz beschwichtigt. War es aber gar nimmer zum aushalten, na ja, dann mußte der Zahn eben raus. Auf diese Weise bekam man schon lange vor der Zeit die größten Zahnlücken und — einen Seidenreflekt vor dem Zahnarzt. Es schickte immer schon sehr weit, wenn man sich dazu auftraffe. Infolgedessen konnte auch die Behandlung nicht so ganz schmerzlos erfolgen.“
Heutzutage denkt man anders. Jede fürsorgliche Mutter läßt schon die Milchzähne ihres Kindes in bestimmten Zeiträumen — nicht erst wenn arge Schmerzen auftreten — untersuchen. Geht wirklich etwas, so ist das Übel immerhin noch klein und kann durch schmerzlos ohne Schmerzen werden. Das Milchgebiß bleibt lange gesund erhalten; die bleibenden Zähne können sich im Kiefer kräftig entwickeln. Es sind noch keine Lücken vorhanden, die zweiten Zähne werden deshalb in schöner gerader Reihe (nicht der eine gerade und der andere krumm) zum Durchbruch kommen.
Selbstverständlich wendet man auf die bleibenden Zähne erst recht die größte Sorgfalt. Der Zahnarzt untersucht regelmäßig die Zähne der Schulkinder. Außerdem geht die Mutter bei dem kleinsten Zahndreißt ihres Kindes sofort zur richtigen Schmiebe. Steht dann der junge Mensch auf eigenen Füßen, so ist er es schon ganz und gar gewöhnt, seine Zähne nicht zu vernachlässigen, sondern als Kostbarkeit zu behandeln.
Die Methode, wie ich sie Ihnen eben schilderte, bietet hauptsächlich drei Vorteile: Die Zähne werden lange schön und gesund erhalten. Es gibt keine Zahnschmerzen mehr; denn der geringste Schaden wird entdeckt und beseitigt, noch ehe er sich durch Schmerzen bemerkbar macht. Die Angst vor dem Zahnarzt wandert zu den Schreckgespensten der Vergangenheit in die Kumpelkammer. Der Zahnarzt ist nicht mehr der Operateur, der uns wehnen muß, sondern ein lieber Freund, der unter Kländern und Erzählen unsere Krankenwerkzeuge wieder auf den Glanz herichtet. Schließlich ist ja niemand trüber als gerade der Zahnarzt selber, wenn ihm das Übel beizugehen gezeigt wird, damit er es schmerzlos beseitigen kann.
„Jetzt kommt aber endlich, Kamil!“ Mein Kleinkind kann keine Angewohnheit nicht mehr länger meistern. „Und geht, ich darf zu erst in den schönen Zahnarztstuhl sitzen?“ Marie Schula.

Der Abo-Schütze

„Ich habe es gleich gesagt.“ sagte die Großmutter, „der geht nicht in Schul. Den habi Ihr zu viel auf die Straß rausgelassen.“
Der junge Tischlermeister strich die Zeitung glatt. „Na, laß gut sein, Mutter! Böhmi hätten wir ihn gehen lassen sollen? Wir konnten ihn doch nicht in die Straß sperren!“
„Er wird sich gewöhnen“, begütigte die junge Frau.
Gottfried, der Held des Tages, war gestern zum ersten Male an der Hand der Mutter in die Schule gegangen, mürrisch und unbestimmte Neben führend, wie: Er konnte nicht zwei Stunden still sitzen, und: Die dumme Schul, was er da tolle!
Die vielen fremden Knaben mißfielen ihm. Keiner seiner Spielkameraden war dabei. Dampf rebellierte er weiter, abgesehen er dachte nicht zwei Stunden hatte stillsitzen müssen, sondern beim Spiel gegen so viel hatte herumspringen können wie zu Haus.
Am zweiten Tage kam er nach einer halben Stunde heim. „Ich hab dem Lehrer gesagt, ich hätt Wandweh. Da hat er mich heimgeschickt“, erklärte er der Mutter. Die Mutter versetzte, Der Vater gab ihm eine Tracht Prügel. Die Großmutter hielt sich an ihre Prophezeiungen.
Das Unglück war, daß Gottfried noch nicht ganz sechs Jahre alt war (es fehlten noch zwei Monate daran) und daher wirklich nicht gezwungen werden konnte, hener in die Schule zu gehen. Bemerkte der Lehrer, daß er ein Drücker war, so durfte er ihn einfach heimzuführen, und dann verlor man ein ganzes Jahr!

Die große Schule beherbergte auf der einen Seite die Knaben, auf der anderen die Mädchen. Gottfried hatte schon öfters ein kleines Mädchen beobachtet, das den gleichen Heimweg hatte wie er selbst. Sie schien etwas älter als er zu sein. Heute schloß er sich ihr an.
„Ich kann ja spielen“, sagte er.
„Er rumpfte das Mädchen.“
„Ich kann weitaufen, unsere ganze Straße entlang. Und ich bin der Zwischenschlichter.“
Nach immer kein Zeichen der Anerkennung. Gottfried war erstaunt. Er fragte: „Und du? Was kannst du denn?“
„Ich kann lesen und schreiben“, antwortete sie überlegen.
„Lesen und schreiben! Wo lernst du das?“
„In der Schule lernst man das!“
Gottfried knippte mit den Fingern. Die Schul! Ich mag nicht in die Schul! Ich geh nicht länger in die Schul!
Da wurde die Kleine sehr eifrig: „Wenn du nicht in Schul gehst, dann wirst du ein A—al—beißt; und wenn du ein A—al—beißt bist, kannst kein Geld verdienen; und wenn du kein Geld verdienst, kannst dich nicht heitern!“ Damit sprang sie mit flinken Schritten von ihm fort, die Straße herunter. Gottfried folgte ihr langsam und nachdenklich. Das letzte Argument war das stärkste: die Eltern waren verheiratet und alle großen Leute überhaupt; das konnte man sich nicht erlauben lassen. Das Geldverdienen schien ihm weniger wichtig zu sein, solange er nach alles zu Hause bekam. Aber ein A—al—beißt: das mußte etwas Schreckliches sein. Und er beschloß, nachsichtig in die Schule zu gehen. R. Dorf.

Der Totenkopf als Trinkgefäß

Lord Byron, der berühmte englische Dichter und griechische Freiheitskämpfer, hatte eine Phantasie, die sich an düstern Bildern freute. So ließ er einmal einen Schädel, den ein Gärtner bei Grabungen gefunden hatte, in Silber fassen und benutzte ihn als Trinkgefäß. In seinem ersten Wohnsitz, der Newstead-Abtei, die er später verkaufte, sah ein Freund in der Dienerschaft einen Steinsohn stehen und im Arbeitszimmer „ein Paar der vollkommensten und schönst polierten Schädel, die ich jemals gesehen habe“, wie er berichtet. Dieser alte Dichtersib, die Newstead-Abtei, ist vor kurzem von Sir Julius Cahn für den englischen Staat angekauft worden. Von dem zum Trinkgefäß hergerichteten Schädel hat Byron selbst erzählt, er habe eine Oberfläche gehabt „wie eine Schildkrötenchale“. Das Gefäß war auf einem Ständer aufgestellt.

Taubstumme hören Rundfunk

In dem Schweizer Orte Vouvray hörten kürzlich 40 Taubstumme in der dortigen Taubstummenanstalt zum ersten Male in ihrem Leben ein Konzert, als dort eine Mundfunkanlage in Gebrauch genommen wurde, an die eine Anzahl besonders eingerichteter Kopfhörer angeschlossen ist. Auf Grund dieses bedeutungsvollen Erfolges will man künftig mit Hilfe dieser Empfangsanlage taubstummen Kindern das Sprechen beibringen. Ein Verstärker in den Kopfhörern macht die in das Mikrophon gesprochenen Worte des Sprechers den Kindern hörbar.

Aus dem kommunistischen Manifest

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.
Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junkerbürger und Gesell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückter standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.
Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Klassengegenstände vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.
Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.
Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen ehrenbe-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.

Stoßfeuer eines sächsischen Ehemanns

Jedes Jahr um Ostern 'rum
Schlägt mei Weib de Wirtschaft um,
Bloobt und bürschet alles aus,
Kommt nich aus 'm Dusen 'raus.
De Gardin' wärr losgerubbt
An de Wände abgeschrubbt.
Frisch gebohnt werd's Bargett,
Uffladert as Biecherbrett.
In dr Küche neie Schbligen,
Alle Däbbe schtrahl'n un bligen
Ja, sogar as Ofenrohr
Nimmt se mit 'nem Labben vor.
Draurich st' ich in dr Oelbe,
Heeme is jetzt geene Vielbe,
Denn mr is bei däm Gefäße
Überall der Frau im Wäße.

Lene Dolg

Weiteres aus Zeitungsanzeigen

Geirat. Witwe, 42 Jahre alt, Blondine, mit einem netten Mädchen, sucht sich wieder zu verehelichen. Nur h ö h e r e Staats-beamte in festerer Stellung wollen sich melden. Offerten usw.
Sollten also höhere Staatsbeamte auch nicht „sicher“ sitzen? Ich war der Meinung, daß diese nicht so leicht den „Sack“ bekommen.
Warnung. Derjenige, der sich untersteht, meiner beschwende-rischen Frau noch ein mal was zu geben, hat von mir keinen Erfolg zu gewärtigen. Name.
Warum muß denn das gerade eine männliche Person sein?
Dankeagung... Besonders aber danken wir dem Gd. H. Herrn Kooperator W. für die sehr trostreichen Worte am Grabe. Noch besonders danken wir Herrn Direktor S. für die schöne Kranzsende. Auch danken wir seinen Kollegen für das zahlreiche Grabgeleit.
Armer Korrektor! Das dreimalige „danken“ wird dir sehr weß getan haben. Aber du darfst halt nichts ändern!
Stelle-Gesuch. Ein routinierter Kaufmann mit guten Attesten sucht per 1. April oder früher guten Posten. Offerten usw.
Warum nicht deutsch ausgedrückt, daß jedermann es sofort verstehen kann: Ein gewandter Kaufmann mit guten Zeugnissen sucht zum 1. April oder früher Stellung.
Mädchen für alles, das sich 1/2 Jahr als Zimmermädchen und 1/2 Jahr als Köchin für Villenhaushalt in Gräfelfing als Allein-mädchen eignet, nur mit langjähriger Zeugnisse, für 15. 2. oder 1. 4. gesucht. Vorzuzustellen jeden Nachmittag von 5 bis 6 Uhr.
Ein halbes Jahr Zimmermädchen, ein halbes Jahr Köchin, trotzdem Mädchen für alles. Das begreife, wer will!
Ein Reisender, der demnächst nach Italien fährt, wünscht Aufträge. Offerten usw.
Was sollen das für Aufträge sein? Etwas: Schußbündel, Damen-schürphosen, Nachtschenden u. dergl.?
Schriftsteller, 20 Jahre alt, sucht sofort Kondition. Bin in Akadenz, Werk und Zeitung vollkommen ausgebildet. Kann jederzeit den Fackel vertreten. Nehme auch als Korrektor Stellung an. Offerten usw.
Dannemetter noch einmal! Mit 20 Jahren vollkommen ausgebildet? Das läßt sich hören!



Technik und Werkstatt



Künstliche Wolle

Von Ernst Trebesius

Seit einigen Jahrzehnten sind zahlreiche Fachleute eifrig an Werke, um der Kunstseidenindustrie neue Absatzquellen zu erschließen. In ähnlicher Weise, wie sie bei der Kunstseidenherstellung das hauchdünne Gespinnst der Seidenraupe durch die Zellulose des Holzes oder der Baumwolle ersetzen, möchten sie auch die natürliche Wolle nachahmen, um neben dieser, die ebenso wie reine Seide als unerreichbares Idealerzeugnis der Natur stets ihre Geltung behalten wird, ein billigeres Produkt auf den Markt bringen zu können. Da man als Rohstoff für die künstliche Wolle ebenfalls die Zellulose verwenden will, so ist die gestellte Aufgabe freilich außerordentlich erschwert. Die besonderen physikalischen Eigenschaften der Naturwolle, als da sind Dehnbarkeit, Kräuselungsvermögen, Formbarkeit und Formfestigkeit, lassen sich nämlich mit dem endlosen, aus Düsen austretenden glatten Kunstseidenfaden nicht ohne weiteres erreichen. Schon die Naturwolle ist bezüglich einer ihrer besonderen Eigenschaften, nämlich der Kräuselung, durchaus nicht gleichwertig. Ein Wollstoff aus gekräuselter Wolle ist natürlich weit elastischer als ein solcher aus ungekräuselter Wolle. Wollkleiderstoffe knittern nicht so leicht wie Kunstseidenstoffe. Da Natur- oder Schurwolle (Neuwolle genannt) sehr teuer ist, so werden heute freilich nur die teuren Wollstoffe aus solcher hergestellt, während die billigen Wollstoffe fast bis zu drei Viertel Altwolle und nur ein Viertel Neuwolle enthalten. Die Altwolle ist ebenfalls Naturwolle, die bei den Spinnvorgängen als Abfall entsteht oder durch Wiederverwertung alter Wollwaren gewonnen wird.

Die Aufgabe, dem bei der Kunstseidenherstellung entstehenden endlosen Faden einen der Wolle ähnlichen Charakter zu verleihen, ist im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte auf verschiedene Weise mit mehr oder minder gutem Erfolg gelöst worden. Die zahlreichen durch Patente geschützten Verfahren basieren in der Hauptsache auf den beiden Möglichkeiten, entweder den endlos gesponnenen Kunstseidenfaden auf die Stapellänge der Baumwolle oder Wollfaser zu zerschneiden oder den endlosen Kunstseidenfaden ungeteilt zu verwenden und ihm dafür durch eine bestimmte Nachbehandlung einen wolleähnlichen Charakter zu verleihen.

Bei dem zuerst angeführten Verfahren wird der endlose Kunstseidenfaden je nach den besonderen ins Auge gefaßten Erzeugnissen in 4 cm oder auch 12 bis 16 cm lange Stapel zerschneiden, die dann in bekannter Weise auf Spinnmaschinen zu parallelen Fadenbändern gesponnen werden. Wenn von der anderen Möglichkeit Gebrauch gemacht und der endlose Kunstseidenfaden unzerschnitten verwendet wird, dann muß durch eine entsprechende Oberflächenbehandlung der zu künstlicher Wolle bestimmten Garne vor oder nach der Textilweiterverarbeitung der wollige Griff der Naturwolle hervorgerufen werden. Die Versuche, die nach beiden Richtungen hin in verschiedenen Ländern angestellt wurden, haben zu einer ganzen Anzahl durch Patente geschützter Verfahren geführt, von denen freilich die meisten keine umfassende Einführung fanden. Von den wenigen Verfahren, die der Lösung des schwierigen Problems nähergekommen

sind, möge zunächst das künstliche Wollverfahren der Snia Viskosa erwähnt werden. Diese italienische Fabrik verwendet als Ausgangspunkt die Zellulose von Pappelholz, die nach entsprechender chemischer Behandlung durch enge Metalldüsen gedrückt wird. Die so entstehenden dünnen und weichen Fäden kommen unter der Bezeichnung „Sniafil“ auf den Markt. Die Fäden können so dünn ausgesponnen werden, daß 65 000 Meter von ihnen nur 1 kg wiegen. Da das Verfahren der Snia Viskosa streng geheimgehalten wird, sind nähere Angaben über die Technik der Herstellung noch nicht bekannt geworden.

Auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums nahm auch eine deutsche Kunstseidenfabrik bald nach dem Kriege Versuche auf, um eine künstliche Textilfaser zu schaffen mit dem Ziel, Deutschland im Laufe der Zeit unabhängig von ausländischer Wolle zu machen. Durch unablässige Versuche ist das Erzeugnis dieser Fabrik, die „Vistrafaser“, heute bereits zu einer Textilfaser von befriedigender Festigkeit geworden. Die Vistrafaser wird aus Holzzellulose gewonnen, die in Viskose verwandelt und alsdann durch Spinnbüsen von solcher Feinheit gepreßt wird, daß 70 000 Meter dieser Fäden nur 1 kg wiegen. Das Besondere bei der Herstellung dieser wie aller anderen Gespinste, die die Eigenschaften der Naturwolle anstreben, ist das Verfahren, um den aus den Spinnbüsen austretenden glatten Faden durch chemische oder mechanische Mittel möglichst aufzurauen, zu kräuseln, damit die besondere Eigenschaft der Wolle möglichst erreicht wird. Die „Wollseide“ einer anderen deutschen Kunstseidenfabrik wird aus roher Kunstseide hergestellt, deren nicht gezwirnte Fäden auf die gewünschte Stapellänge zerschnitten, gekräuselt und entsprechend bearbeitet werden, damit sie ohne weiteres mit Wolle vermischt oder auch für sich allein zu Geweben verarbeitet werden können. Die so geschaffene künstliche Wollflocke kann zum Preise von 3,90 Mk. für 1 kg abgegeben werden, und dieser Preis würde sich bei Durchführung der Großfabrikation vermutlich bis auf 3 Mk. senken lassen, während gewaschene Wolle etwa 5 bis 9 Mk. je Kilogramm kostet.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle all die verschiedenen Vorschläge chemischer oder mechanischer Natur, die alle das eine lockende Ziel, die Herstellung künstlicher Wolle im Auge haben, eingehend anzuführen. Es sei auf einen ausführlichen Aufsatz von Dr. Roß in den Technischen Blättern (Nr. 13 bis 15, 1930) verwiesen, worin dieser auch die zahlreichen Patente, die auf diesem Gebiete erteilt wurden, nach Klasse und Nummer anführt. Wenn den bisherigen Versuchen zur Herstellung künstlicher Wolle, an denen auch die deutsche Wissenschaft und Industrie einen großen Anteil hat, auch noch kein Erfolg beschieden war, so darf man doch auf Grund der bisherigen Ergebnisse mit einer Verwirklichung der Idee in absehbarer Zeit rechnen. Daß die Naturwolle durch Schaffung einer vollwertigen künstlichen Wolle keineswegs übrig wird, bedarf angesichts der ständigen Vermehrung der Erdbevölkerung keiner näheren Erklärung.

Beim Amtssystem sind Buchstabenbezeichnungen vorgesehen, die mit einer entsprechenden Zahl gewählt, die Amtsverbindung ermöglichen. Danach erst wird die Nummer des gewünschten Teilnehmers gewählt. Erfolgt von einem Amt aus der Anruf nach einem Teilnehmer oder Betrieb, der vollautomatisch ist, so vollzieht sich der Vorgang über die halbautomatische Postnebenstellenzentrale. Die Teilnehmerapparate sind mit der Nebenstellenzentrale für den Postverkehr verbunden. Die Zuteilung des ankommenden Teilnehmers zum gewünschten Teilnehmer erfolgt durch Betätigung einer Tastatur. Hier hat man Hunderter-, Zehner- und Einertasten, bei deren Eindrücken entsprechend der Nummer eine Vermittlung mit dem gewünschten Teilnehmer erfolgt. Bei der halbautomatischen Zentrale, die die Form eines Pultes hat, erfolgt nur die Zuteilung der ankommenden Gespräche, die Verbindung mit dem Amt von einem angeschlossenen Teilnehmer aus erfolgt automatisch.

Die Trennung der Verbindungen geht auch automatisch vor sich. In dem Augenblick, wo die verbundenen Teilnehmer mit dem Gespräch zu Ende sind und ihre Telefonapparate auf den Gabelständer legen, werden sämtliche Stromkreise aufgetrennt. Der Wähler fällt ab, das heißt die Wählerarme laufen über die Kontaktlamellen weiter bis zur Nullstellung, die Relais werden stromlos, die Folge davon ist der Ankerabfall, also das Auftrennen jeglicher Leitungsverbindungen. Der oder die Teilnehmer sind für neue Verbindungen frei.

Die vorher beschriebenen Telefonapparate gibt es nun in den verschiedensten Ausführungen, als Wand- oder Tischapparat für den üblichen Gebrauch. Für Spezialbetriebe, zum Beispiel auf Schiffen, im Bergbau, chemischen Fabriken, Wäschereien, kurz allen Betrieben, die der Feuchtigkeit oder Gasentwicklung ausgesetzt sind, hat man entsprechende Fernsprechanlagen entwickelt. Diese sind gas- und wasserdichter Ausführung, das Gehäuse ist aus Guß und das Innere der Station gegen Eindringen der Feuchtigkeit oder Gas durch eine Gummiisolierung abgedichtet.

Lichtfluter

In früheren Zeitabschnitten regelte und beherrschte die Sonne die Tätigkeit des Menschen; nach dem Untergang der Sonne war er gezwungen, sich dem Gesetz der natürlichen Ruhe zu unterwerfen, jenem Gesetz, dem die ganze Natur gehorcht. Die Raschlebigkeit unserer Zeit hat nun immer mehr dazu geführt, Teile der Nachtzeit zum Tage zu machen: kaum ist die Sonne hinter dem Horizont verschwunden, treten die künstlichen Lichtquellen in die Erscheinung, eine Fülle von Licht verbreitet sich in den Wohnungen, Arbeits- und Vergnügungsstätten, Geschäftsräumen und auf den Straßen, eine Fülle, die jene des Sonnenlichtes fast noch übertrifft. Eine mächtige Lichtreklame ergänzt die nicht immer vollkommene Beleuchtung der Straßen, wozu noch in jüngster Zeit die sogenannten Lichtfluter kommen. Flutlichtbeleuchtung eignet sich neben der Anleuchtung von Kirchen, Denkmälern, Geschäftshäusern, Hotels usw. besonders auch zur Beleuchtung von Reklameflächen und ist ganz allgemein ein vorzügliches, weithin sichtbares und auffallendes Werbemittel. Werden abends die Gebäude mit Flutlicht angeleuchtet, so heben sie sich aus der dunkleren Umgebung plastisch hervor und wirken in ihrer Geschlossenheit fast wie am Tage.

Die Wahl der zu verwendenden Leuchtgeräte richtet sich nach der Art der Bauten und der Entfernung des Aufstellungsortes von dem Gegenstand. Für Anleuchtungen aus großen Entfernungen benutzt man Glühlampenscheinwerfer, die von 100 bis 5000 Watt lieferbar sind und mit Streugläsern ausgerüstet werden, um den Lichtkegel des Scheinwerfers gerade so groß halten zu können, als zur Beleuchtung der bestimmten Fläche erforderlich ist. Hierdurch ist eine gute Ausnutzung des Scheinwerferlichtes gegeben, während man andererseits auch die Möglichkeit hat, durch genaue Begrenzung des Lichtkegels einzelne Teile eines Gebäudes anzuleuchten oder besonders kräftig hervorzuheben. Neben diesen Scheinwerfern liefert die Industrie auch sogenannte Lichtfluter, die zum Anleuchten aus geringer Entfernung zu gebrauchen sind. Die kleine Ausführung zum Beispiel für Nira-Lampen bis 200 Watt eignet sich zum Anleuchten kleiner Gebäude, Tankstellen oder Firmenschilder, Reklameflächen und dergleichen. Die großen Lichtfluter bis 1500 Watt dienen hauptsächlich zum Anleuchten von Türmen, großen Gebäudefronten und Giebelreklameflächen.

Riesen des Weltverkehrs

Der vor kurzem erbaute Vierschrauben-Turbinendampfer Bremen, der von neuem das blaue Band errang, ist mit einem Katapult-Flugzeug ausgerüstet zur schnelleren Beförderung der Post. Auf einem Schienenträger wird der Startschlitten, auf dem das Flugzeug befestigt ist, mittels Druckluft vorwärts geschleift. Bereits nach Zurücklegen einer Strecke von 20 m hat der Schlitten eine Geschwindigkeit von 90 km/Std., während das Flugzeug selbst etwa 1 m nach Verlassen des Schlittens 110 km Geschwindigkeit erreicht. Der Schlitten wird natürlich am Ende der Katapultanlage selbstständig gebremst. Mit dem Flugzeug, das eine Reisegeschwindigkeit von 190 km/Std. annimmt, können einige hundert Kilogramm Post befördert werden. Etwa 1000 km vor dem anzulauenden Hafen startet jeweils das Flugzeug, so daß die Post einen Tag früher als der Dampfer anlangt.

Wie man die Dinge meistert...

Wie man die Dinge meistert?
Greif zu mit fester Hand,
Fass fest, was Dich begeistert,
Als gutes Unterpfand
Des Ziels, wonach Du strebst,
Und wenn Du dann begriffen,
Daß Du den Schatz nur hebst,
Wenn Du trotz Druck und Puffen
Dem Ideal nur lebst,
Dann setze — muß es sein —
Dein Geben dafür ein!
Gaeff.

Funktion einer automatischen Telephonanlage

Von Ing. H. Dewald

Die automatischen Fernsprechanlagen haben gegenüber den mit Hand bedienten Anlagen ganz bedeutende Vorteile. Vor allem ist eine derartige Anlage dauernd betriebsbereit, das heißt es kann zur Tag- und Nachtzeit gesprochen werden, ohne Bedienungspersonal in Anspruch nehmen zu müssen. Die Verbindungen gehen durch die selbsttätige Vermittlung schneller vor sich, es kann niemand mithören usw.

Automatische Zentralen gibt es in verschiedenen Größen. Man unterscheidet 1000er-, 100er-, 50er-Zentralen, ferner noch die sogenannten Kleinzentralen für 28 oder 14 Teilnehmer. Bei Verwendung einer automatischen Zentrale muß man natürlich auch die entsprechenden Apparate haben, um in der Lage zu sein, die gewünschten Teilnehmer selbsttätig herauszuwählen. Dieses geschieht durch Betätigung der Wähler- oder Nummernscheibe. Letztere ist an dem Telephonapparat angebracht, sie kann erst in Tätigkeit gesetzt werden, wenn der Fernsprecher vom Hakenschalter oder Gabelständer genommen ist. Diese Scheibe, eine poliert-vernickelte Messingscheibe, hat 10 Löcher und einen Fingeranschlag, darunter befindet sich eine Emaillescheibe mit den entsprechenden Bezeichnungen 1 bis 9 und 0. Wird nun ein an das Netz angeschlossener Teilnehmer gewünscht, zum Beispiel Nr. 64, so ist die Nummernscheibe den Zahlen entsprechend der Reihe nach zu betätigen, in diesem Fall also zuerst die 6, danach die 4. Nach dem Herauswählen der Zahlen, also Einstecken des Fingers in die entsprechenden Zahlenlöcher, Drehen der Scheibe bis zum Fingeranschlag und Loslassen, setzt der schalttechnische Vorgang ein.

Einer automatischen Zentrale stehen verschiedene Verbindungswege zur Verfügung, bei Kleinzentralen 4, bei größeren Zentralen 6 bis 12. Hätte eine Zentrale nur einen Verbindungsweg, so bestände die Möglichkeit nur einer Gesprächsverbindung, so können aber 4, 6 oder 12 Teilnehmer

gleichzeitig sprechen. Ein Verbindungssatz besteht aus dem Anrufer, dem Relaisatz und dem Leitungswähler. Der Anrufer stellt selbsttätig die Verbindung zwischen der Zentrale und dem rufenden Teilnehmer beim Abnehmen des Hörers her, es wird also der Anruf vom Wähler gesucht. Darauf tritt eine Relaisgruppe in Tätigkeit, die die Schaltarme des Leitungswählers steuert. Die Leitungswählerarme werden dabei um so viel Schritte weitergeschaltet, als Impulse durch die Wählscheibe gegeben werden. Bei unserem Beispiel 64 machen die Wählerarme des Zehnerwählers 6 Schritte, bleiben dann stehen, darauf gehen die Wählerarme des Einerwählers 4 Schritte, sie bleiben ebenfalls auf der entsprechenden Kontaktlamelle stehen, dadurch ist eine Schaltverbindung mit dem angeschlossenen Teilnehmer Nr. 64 entstanden. Besondere Relais prüfen gleichzeitig, ob der gewünschte Teilnehmer auch frei ist, ist dieses der Fall, so wird das Rufzeichen automatisch zum gewünschten Teilnehmer durchgegeben. Dieser Ruf ist im Hörer des Teilnehmers als Freizeichen ebenfalls zu hören, dadurch wird gleichzeitig kontrolliert, ob ein Rufen erfolgt. Ist der gewünschte Teilnehmer besetzt, so wird durch den Relaisatz selbsttätig das als anhaltendes Summen im Hörer des rufenden Teilnehmers vernehmbare Besetztzeichen gegeben.

Dieser Vorgang vollzieht sich bei einer Selbstanschlußzentrale für den Hausverkehr. Beim Amtsverkehr treten Abweichungen von oben angeführtem Beispiel auf. Vorerst sind die Telefonapparate etwas anders gebaut, das heißt sie haben außer der Wählscheibe noch einige Hebelschalter, die entsprechend umgelegt werden müssen. Bei der Auswahl einer Amtsverbindung ist nach erfolgtem Abnehmen des Fernhörers der Amthebelschalter umzulegen. Jetzt erst erhält man das Amtsfreizeichen und man kann nun das entsprechende Amt, falls es vollautomatisch ist, herauswählen.



Verbandsleben



Ich und mein Verband!

Man hat in der Jugend in der Schule gelernt, das Wort „Ich“ nicht am Anfang eines Schreibens oder einer Rede zu setzen. In diesem Aufsatz aber muß das Wort „Ich“ an erster Stelle gesetzt werden, um gleich am Anfang zu zeigen, daß es gerade auf das „Ich“, das heißt auf jeden einzelnen im Verbandsleben, ankommt. Aus den einzelnen setzt sich der Verband zusammen. Darauf erst die Zusammenschmelzung in den Werkstätten, in den Ortsgruppen, in Bezirken bis hinauf zu der Vertretung des ganzen Verbandes in den gewählten Führern.

Was hat nun der einzelne zu tun, den Verband auf eine Machtstellung zu heben, die in Zukunft allen Angriffen trotzig standhalten kann? Ja, wird mancher sagen, was soll ich als einzelner dabei tun, um meine Lage und die der zu mir gehörenden Mitmenschen zu verbessern? Du kannst und mußt aber viel dabei tun, um diese Machtstellung des ganzen zu erhalten und auszubauen. Es genügt nicht, daß du pünktlich deinen Beitrag bezahlst. Nimm nur jeden Tag einige Minuten dazu, deinen Kollegen und Andersdenkenden die durch den Verband erreichten Verbesserungen aufzuzählen, die auf sich allein gestellt der einzelne nie und nimmer erreicht hätte. Vergesse auch nicht zu erwähnen, daß alles dies nur erreicht ist gegen eine Uebermacht von Feinden, die aber doch die Macht der zur Masse angeschwollenen Einzelwesen anerkennen mußten. Erzähle auch, unter welchen Verfolgungen die Alten gelitten, die es in den Vorkriegszeiten als einzelne versuchten, einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu erreichen. Weiter zeige in deinem Verhalten deinen Kollegen, daß du auch wirklich ein Gewerkschafter bist.

Nun ist es sehr oft aber ganz anders. Statt die Erfolge des Verbandes anzuzählen, hört man häufig ein Knurren und Schimpfen des einzelnen über seine mißliche Lage, und alle diese Leiden werden dem -- Verbandsaufgehalt. Es soll nicht verkannt werden, daß auch bei der Führung Fehler gemacht werden, denn auch die Führer sind nur Menschen mit allen ihren Fehlern. Müssen nun aber Fehler und die dadurch entstandenen Fehlschläge jedem, der es wissen will, in die Ohren posaunt werden? Nein, das darf nicht sein! Durch das Geschimpfe der einzelnen werden sehr oft viele vom falschen Glauben angesteckt, und dadurch tritt eine Erschütterung der Machtstellung des ganzen ein.

Ja fragst du: „Ich soll nur das Gute erwähnen, und über alles mich Drückende schweigen? Nein, das sollst du nicht. Du sollst dich aussprechen. Du sollst Vorschläge zur Verbesserung des ganzen bringen, aber doch nur in deinen Versammlungen zusammen mit Gleichgesinnten. Hast du wirklich brauchbare und zweckhafte Vorschläge, so wird auch von der Führung alles daran gesetzt werden, sie zur Durchführung zu bringen. Daran ist zu ersehen, welche große Macht auch in dem einzelnen „Ich“ steckt, wenn es richtig angewandt wird. Darum nochmals: sei vorsichtig und vor allem wahr in deinen Reden und Taten.

Gehe in ein Warenhaus und lese, den dort meistens augenfällig angebrachten Spruch, der folgendermaßen lautet: „Gefällt es dir bei uns, so sage es anderen, gefällt dir etwas nicht, so sage es uns!“ Genau so haben auch wir es mit unserem Verbandsleben zu halten, und es wird tatsächlich Segen für die Allgemeinheit und dadurch auch für das einzelne „Ich“ entstehen. Handelst du aber entgegengesetzt, so schädigst du dich selbst.

F. W. in G.

Mühen und „Freuden“ des Betriebsrates.

Zu keiner Zeit ist die Arbeit der Betriebsräte wohl so schwer und verantwortungsvoll gewesen wie in der jetzigen mit ihren täglichen Entlassungen und der ständigen Ausdehnung der Kurzarbeit. Ein schweres Maß von Not und Familienelend wird ihnen Tag für Tag von den Kollegen und Kollegen einhüllt. Wieviel Macht und welchen Einfluß müßte ein Betriebsrat nicht besitzen, um jetzt überall helfen zu können? Wie enttäuschend und schmerzvoll ist es oftmals, dem Jammer medellos gegenüberzustehen!

Obwohl es durchaus wertvoll ist, in Arbeit zu stehen, geht doch heute jeder mit größtem Mißmut und äußerster Unlust zur Arbeitstätte. Jedes hilflose Fremde am Schaffern hat die Rationalisierung und die schlechende Arbeitskrise in den Betrieben vollständig verstanden. Eine Hochspannung, daß etwas geschehen muß, und allerhand Gerüchtmacherei beherrscht die Belegschaft. Es arbeitet sich nicht gut, wenn jeder damit rechnen muß, morgen schon entlassen zu werden, oder wenn er seine Arbeitsbrüder täglich einen nach dem andern abwandern sieht. Diese verständliche Mißstimmung bekommt auch der Betriebsrat genügend zu spüren, und er muß versuchen, damit fertig zu werden. Außerst mannigfaltig sind die Fragen und Wünsche, die jetzt neben dem Alltäglichen an die Betriebsräte gerichtet werden. Wie oft dient so ein Betriebsratskollege als erster Ableiter für den Ärger und leider auch für die Mißtraulichkeit und die Zweifel der Kollegen. Mit welcher Geduld und Ruhe muß der Kollege sich die erbitterten Anfälle über die „verdammten Abstopper“, die guten Freunde aller Akkordarbeiter anhören, obwohl auch ihm der Ärger oft bis zum Hals sitzt durch einen wenig angenehmen Sireit im Akkordbüro oder bei einer andern Verhandlung um die Rechte der Belegschaft. Welche guten Rezepte mit Generalstreik usw. zur Beseitigung aller Zeitnöte bekommt der Betriebsrat nicht vorgelegt! Und wieviel ungerechtes Schimpfen auf Führer und Einrichtungen muß er anhören und versuchen richtig zu stellen! Alle Nachteile des Tarifs für die Arbeiter bekommt er vorgelesen, oft in einer Art, als ob er ihn gemacht hätte. Zahllos sind die Fragen, die dem Betriebsrat gestellt werden, und immer muß er eine sachliche, ruhige Antwort finden. Dafür ist er ja Betriebsrat! Ständig muß er bemüht sein, zu lernen und sein Wissen anzubilden, um den Fragen und Wünschen der Kollegen gerecht werden zu können.

Leider bekommt ein Betriebsrat nicht immer die besten Menschenseiten zu sehen. Hinter schönen Worten und revolutionären Phrasen schaut oft die nackte Selbstsucht hervor, die dem gerechten Willen des Betriebsrats für das Wohl aller Kollegen heimtückisch und hinterhältig entgegenzutreten. Wie oft muß er zum Besten für die Mehrzahl der Belegschaft den Eigennutz einzelner verletzen, hauptsächlich bei Durchführung von Kurzarbeit, um Entlassungen zu vermeiden, bei Entlassungen zur Beseitigung unsozialer Härten und bei der Bekämpfung von Ueberstunden. Welche Demagogie und Schmutzigkeit kommt da nicht leider bei manchem „Kollegen“ zum Vorschein im versteckten Bohren und Stimmungsmachen gegen den Betriebsrat, der zum Nutzen aller die Rücksichtslosigkeit einzelner Egoisten bekämpfen muß. Wie wunderbar verstehen es nicht sogenannte „revolutionäre“ Betriebsratskollegen, die selbst jede Verantwortung scheuen, mit der Ausnutzung unkollegialer Schwächen, den ehrlichen, verantwortungsbewußten Betriebsrat bei der Arbeiterschaft in den Schmutz zu ziehen. Der Kampf gegen diese Uebel ist für den überzeugten, klassenbewußten Betriebsrat viel unangenehmer als der gegen Unternehmerhärte und Willkür, weil er gegen die eigenen Klassegefährten geführt werden muß.

Doch trotz allen diesen Unannehmlichkeiten zeigte sich der Wert der Betriebsräte niemals besser wie jetzt, wo es mehr wie je notwendig ist, für die Rechte und Nöte der Arbeiterschaft einzutreten. Nicht im entferntesten könnte das bei dem Gang der heutigen Betriebswirtschaft so gut geschehen, wenn keine Betriebsräte vorhanden wären. Mancher tüchtige Vertrauensmann hätte sich längst aus den Betrieben hinausgekämpft, wenn der Betriebsrat ohne den gesetzlichen Schutz wäre. Was wird nicht täglich an Akkordstreitsachen zum Erfolg für die Kollegen vom Betriebsrat geregelt, ohne daß die Kollegen Zeitverlust haben, den sie bei der heutigen Zeitmessung im Akkord nie mehr einholen könnten. Niemand kann besser die Einhaltung der Tarife überwachen als der Betriebsrat, der täglich damit zu tun hat und der alle Schliche und Pflöcke der Unternehmer täglich neu studiert. Wieviel Schaden wird von dem Betriebsrat abgewehrt durch Beratung bei Entlassungen zur Sicherung von Ansprüchen. Eine Menge unsozialer Härten und Ungerechtigkeiten wird von den Betriebsräten beseitigt. Viel leichter kann der Betriebsrat bei Beschwerden etwas erreichen, weil er ruhiger und sicherer an die Sache herangeht und durch längere Übung und Umgang die Menschen besser kennt als der einzelne Kollege, der meist aufgeregt und erbittert von seiner Streitsache ist.

Die opfervolle, zähe Arbeit der Betriebsräte, die viel Freizeit und Nerven kostet und selten Dank und Anerkennung bringt, sondern Widerstand vom Unternehmer, Abban bei passender Gelegenheit, ist in höchstem Maße wertvoll für die Arbeiterschaft. Darum ist es gerade jetzt mehr wie je Pflicht jedes Arbeiters, die Betriebsräte mit vollem Vertrauen und aller Kraft zu unterstützen, damit nicht wertvolle Kräfte, abgekämpft, enttäuscht und niedergedrückt der Bewegung verlorengehen. Vertrauen schafft Lust und Eifer zur Arbeit. G.

Ungünstige Erfahrungen in Straßburg

Angeregt durch den Aufsatz „Brief aus Paris“ (Nr. 28 der „Metallarbeiter-Zeitung“) möchte ich auch einiges aus meiner Erfahrung in Frankreich mitteilen:

Um der Erwerbslosigkeit zu entgehen, hatte ich mich auch entschlossen, in Frankreich Arbeit anzunehmen. Ich wandte mich wegen Vermittlung an das Arbeitsamt Kehl a. Rh., von dem ich eine Stelle als Former in den Mathis Werken in Straßburg zugesichert bekam. Nach Einsenden von Zeugnisabschriften erhielt ich eine Mitteilung, daß der Arbeitskontrakt nach Paris (Arbeitsministerium) abgegangen sei. Unglücklicherweise sechs Wochen darauf wurde mir durch das hiesige Konsulat (Dresden) mitgeteilt, der Kontrakt sei eingegangen. Darauf bekam ich mein Visum, d. h. ich mußte 8,40 Mk. bezahlen und ebenfalls ein Gesundheitsattest, das ich ebenfalls selbst begleichen mußte, zu dem „niedrigen“ Preis von fünf Mark. Für mich sind die Ausgaben doppelt schwer gewesen, da ich schon lange erwerbslos war. In dem Arbeitskontrakt hieß es, ich bekomme einen Lohn von 470 Fr. die Stunde. Was ich wirklich erhielt, werde ich gleich zeigen.

Vom Arbeitsamt hatte ich die Fahrkarte erhalten. Da ich für diesen Lohn nicht länger bleiben konnte, so zieht mir heute das Arbeitsamt den Betrag wieder ab, weil ich die Karte „zunachst“ bezogen hätte.

Wie war ich enttäuscht, als ich mit Paß, Arbeitskontrakt, Visum und Gesundheitsattest versehen, in Kehl nochmals den Spezialkommissar aufsuchen mußte, um mir unsinnige Fragen anzuhören, wie: Sind Sie schon politisch vorbestraft? Es wird immer gesagt, drüben wäre alles billiger als hier. Für gewisse Dinge mag's stimmen, was möbliert Wohnen anbelangt, so ist das nicht der Fall. Ueberhaupt mußte ich feststellen, daß die Lebenshaltungskosten zu hoch sind im Verhältnis zum Lohn. Ich wollte keinen von meinen dortigen Kollegen, der 625 Fr. verdient hätte. So komisch es klingt: die Former hatten dort mit den niedrigsten Lohn.

Als ich also dann aufgenommen wurde, fragte ich gelegentlich, während einer Aufschrieb, wie es mit dem Lohn stünde. Ich nicht gerade höflicher Weise bekam ich zu hören, das würde ich schon erfahren. Drei Tage darauf holte mich ein Arbeiter ins Büro des Meisters, um den Lohnkontrakt zu unterschreiben. Da aber dieser in französischer Sprache abgefaßt war und überdies nur 420 Fr. Lohn die Stunde angab, weigerte ich mich, da ich von diesem Lohn kaum leben könne. Mir wurde erwidert, ich könne ja solange arbeiten, wie ich wollte, um des Verdienst zu erhöhen. Da ich's nun von vornherein mit dem Meister verlorben hatte, steckte er mich zu einer Arbeit, wie sie nicht blöder sein kann, ans laufende Band.

Bei der polizeilichen Anmeldung mußte ich 4 Lichtbilder und für eine Mandatskarte 50 Fr. bezahlen. Eine Lohn-erhöhung hatte ich nicht zu erwarten. So versuchte ich woanders rein zu kommen. Das wäre, so wurde mir bedeutet, nicht möglich, da ich meinen Kontrakt mit der Firma Mathis gemacht hätte.

Ueber die Organisationsverhältnisse noch ein Wort. Arbeitervertreter im Betrieb gibt es nicht, daher auch die üblen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Vielleicht liegt der Grund nicht nur in der Zerrissenheit der französischen Kollegen-schaft, sondern auch in der Anwesenheit der vielen Polen und Italiener, die den Gewerkschaften nicht besonders günstig gesinnt sind.

50 Jahre Metallarbeiter-Krankenkasse

Am 19. August und die folgenden Tage findet in Berlin die 24. ordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse für die Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg oder kurzweg der „Metallarbeiter-Krankenkasse“ statt. Verbunden mit dieser Tagung wird die Feier des 50jährigen Bestehens der Kasse.

50 Jahre sind verlossen seit die Metallarbeiter-Krankenkasse gegründet worden ist. Wohl bestand auch schon vorher eine Krankenkasse für die Metallarbeiter. Nach kaum neun-jährigem Bestehen wurde sie durch das Sozialistengesetz im Jahre 1878 hinweggefegt. Die Krankenkasse bestand zunächst noch weiter, aber durch die fortwährenden Schikanierungen der Aufsichtsbehörde, die damals ihren Sitz in Ludwigsburg hatte, wurde sie derart in ihrer Weiterentwicklung gehemmt, daß auch sie sich schließlich auflösen mußte.

Im September 1880 trat dann in Magdeburg eine Konferenz jener Kasse zusammen, um eine neue Kasse zu gründen und die Grundzüge der neuen Kasse festzulegen. Es wurde der nachmalige langjährige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende C. Deisinger mit der Gründung beauftragt. Als Sitz der Kasse wurde Hamburg bestimmt. Wie die Gründung der Kasse auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung erfolgt war, so blieb sie auch für die Folge ein wichtiges Glied in der Kette, durch die die vorwärtsstrebende Arbeiter-schaft zusammengehalten wurde. Die Gewerkschaften waren durch das Sozialistengesetz zerschlagen worden. Aber daß das Sozialistengesetz nicht instand war, den Organisationsgedanken bei dem deutschen Arbeiter auszuwischen, bewies der Umstand, daß Anfang der achtziger Jahre wieder Versuche zur Gründung von Metallarbeiterfachvereinen gemacht wurden.

In dieser schweren Zeit hat auch die Metallarbeiter-Krankenkasse redlich mitgeholfen, die Bismarcksche Politik der Erdrosselung der Arbeiterbestrebungen zu durchkreuzen. Zählten doch die Zahlaufgaben der Kasse mit zu den wenigen Gelegenheiten, wo die Arbeiterschaft in der damaligen Zeit ihre Belange besprechen konnte. Auch an dem Aufstieg der größten Gewerkschaft der Welt, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, hat die Kasse tätigen Anteil, und zwar insofern, daß, als im Jahre 1885 die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ herausgegeben wurde, der Vorstand der Metallarbeiter-Krankenkasse die neutrale Rückendeckung dafür übernahm.

Berücksichtigt man die Verhältnisse, unter denen die Kasse im Jahre 1880 ins Leben getreten ist, so ist es erklärlich, daß der Anfang nur bescheiden sein konnte. Die geschilderten Vorgänge hatten selbstverständlich ein tiefgehendes Mißtrauen hervorgerufen, das erst überwunden werden mußte, ehe auf größeren Erfolg gerechnet werden konnte. Aber die Weiterentwicklung ging unaufhaltsam voran, bis der Krieg ihr ein Ziel setzte. Während bei Ausbruch des Krieges über 164 000 Mitglieder vorhanden waren, ging die Mitgliederzahl bis Ende 1917 bis auf 96 255 zurück. Von da an trat dann wieder ein Steigen ein, und war dann am 31. Dezember 1922 der höchste Bestand mit über 177 000 Mitgliedern erreicht. Schwere Kämpfe setzten dann im Inflationsjahr 1923 um den Bestand und die Erhaltung der Kasse ein. Aber auch diese Krisen wurden überstanden, und seit dem 1. Januar 1924 setzte unter der neuen Währung wieder der Aufstieg ein, so daß heute über 150 000 Mitglieder sich auf über 1000 Verwaltungsstellen verteilen und ein Vermögen von 2 Mill. Mk. wieder vorhanden ist. Mit diesen Zahlen marschiert die Metallarbeiter-Krankenkasse auch heute noch als größte an der Spitze sämtlicher deutschen Zuschußkassen.

Zum 50jährigen Bestehen der Kasse hat der Vorstand eine Denkschrift herausgegeben, in der alles Wissenswerte über Gründung und Fortentwicklung der Kasse enthalten ist. Wir wünschen der Kasse auch an dieser Stelle für die Zukunft eine gute Weiterentwicklung. Möge das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft ihr auch fernerhin ungeschmälert erhalten bleiben.

P. W.

Stellungsuchender und Postbürokrat in Erfurt

Aus Erfurt wird geschrieben:
Ein Stellung suchender Mann hatte eine Anzeige in der Zeitung gehabt. Er war nun am Postschalter, um nach den eingelaufenen Angeboten zu fragen. Der Beamte sah ihn, rechnete aber gerade gemächlich in einem Buche, blieb sitzen und sagte nur nach dem Schalter gewandt: „Einen Augenblick“. Der Stellung suchende Mann stand draußen. Nach und nach wurde er ungeduldig, wartete aber weiter und sagte nach einiger Zeit: „Ich wollte bitten ...!“ — „Einen Augenblick!“ sagte der Beamte, wandte ein Blatt in seinem Buche und zählte weiter. Der wartende Mann wurde immer ungeduldiger, biß sich dabei auf die Zähne und rückte unruhig an dem Schalter hin und her, hielt aber doch aus. Der Beamte, endlich fertig, klappte das Buch zu, räumte auf um sich herum und kam dann. Der Stellungsuchende brachte sein Anliegen nochmals vor. Der Beamte sah nach. Es war nichts da und der Mann hätte nun gehen können. Ganz bescheiden fragte er aber zuvor: „Sie verzeihen schon, aber darf ich vielleicht fragen, warum Sie mich haben so lange warten lassen?“ — „Ich weiß nicht was Sie eigentlich wollen“, antwortete der Beamte. „Können Sie sich denn nicht vorstellen, daß da vor ihnen 20 andere gewesen wären?“ — „Gewiß, das kann ich mir leicht vorstellen!“ — „Dann stellen Sie sich das vor, in diesem Falle müßte ich aber erst die anderen 20 abfertigen, und Sie kämen jetzt noch lange nicht dran.“
K. F.

Die Besten müssen springen in den Riß der Zeit,
Nur über ihren Leibern schließt er sich,
Nur ihre Leibern sind der seltne Samen,
Aus dem der Völkerfreiheit üpp'ge Pflanze
Grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.
Das ist der Fluch, der auf den Besten lastet,
Dämonisch sie und was sich ihnen naht
Dem finsternen Verderben weihet!
(Ferdinand Lassalle: Franz von Sickingen.)

Verbandsanzeigen

Ortsverwaltung Eberswalde. Alle Sendungen sind an Paul Peetz, Schöpflurher Straße 55, zu richten.

Wie Lorenz amerikanisch wurde

Von Julius Fries

Bereits Anfang dieses Jahres hat bei der C. Lorenz AG, Telephon- und Telegraphenwerke, Eisenbahn-Signalbau-Anstalt in Berlin-Tempelhof, die im Jahre 1929 rund 3000 Arbeiter beschäftigte, eine Verminderung der Belegschaft eingesetzt. Im Mai sind weitere 200 Arbeiter entlassen worden. Trotzdem wird in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht von einer Umsatzsteigerung um ein Drittel berichtet, sodaß der Umsatz rund 24 Millionen Mark betragen hat gegen 17 1/2 Millionen Mark im Vorjahre. Es wurde ein Rohgewinn von 1,07 Millionen Mark erzielt gegen 916 000 M das letzte Mal, es wurden noch etwas größere Abschreibungen vorgenommen als im Jahre vorher, der Reingewinn hat 585 000 M betragen gegen 450 000 M im Vorjahre und es werden wieder 6 vH Dividende verteilt. Die Arbeiterentlassungen haben denn auch einen andern Grund. Lorenz mußte infolge des ungünstigen Ausgangs eines Patentstreites die großzügig ausgebaute Radiofabrikation wieder aufgeben. Statt sofort alles zu tun, um die Fabrikationseinrichtungen anderweitig auszunutzen, werden erst einmal Hunderte von Arbeitern auf die Straße gesetzt. Doch man hat mit diesem Zurückweichen noch einen großen Zwischenzweck erreicht, der hier etwas näher beleuchtet werden soll.

Die große holländische, jedem Radiobastler dem Namen nach bekannte Philips-Gloeilampenfabriken, die neben Glühlampen besonders Röntgen- und Radioröhren, Rundfunk- und andere Schwachstromgeräte herstellt, mit ihren Tochtergesellschaften und ausländischen Betrieben rund 30 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt und in den Jahren 1927/28 nicht weniger als 21 vH Dividende verteilte, hatte nach und nach die Aktienmehrheit und zwar sieben Zehntel des 9,5 Millionen Mark tragenden Aktienkapitals von Lorenz in ihren Besitz gebracht. Philips selbst arbeitet mit einem Aktienkapital von 36 Millionen Gulden, das sind 60 Millionen Mark. Die Siemens & Halske AG hatte es versäumt, das Aktienpaket von Lorenz in ihren Besitz zu bringen und sah den einflussreichen Weltbewerber der holländischen Gesellschaft mit scheelen Augen an. Es wurde dann von Siemens & Halske ein Patentstreit eingeleitet, der damit endete, daß der C. Lorenz AG unterlag wurde, die deutschen Philips-Gesellschaften mit Radio-Einbaueinrichtungen zu beliefern, bei denen Telefunkenpatente Verwendung finden. Die Telefunken-Gesellschaft ist nämlich eine Tochtergesellschaft von Siemens & Halske und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Nach dem ungünstigen Ausgang des Patentstreites haben sich die Holländer genötigt, das Paket Lorenz-Aktien wieder abzugeben. Da Lorenz lange bevor die Welt etwas von einem Rundfunkgeschäft ahnte, bestand und durchaus nicht in der Hauptsache Rundfunkgeräte herstellt, vielmehr in erster Linie Telephonfabrik ist, gelang es den Holländern, bei dem Verkauf dieses Aktienpakets ein gutes Geschäft zu machen. Die Aktien wurden zu einem Kurs von 190 vH an die von der AG und dem amerikanischen Schwachstromkonzern, der International Telephon- und Telegraph-Corporation, gegründete Standard Elektrizitäts-Gesellschaft verkauft. Den freien Aktionären wurde, wie dies bei amerikanischen Gesellschaften anders als in Deutschland üblich ist, durch eine Bankengemeinschaft ein Rückkaufsangebot zum Kurse von 139 vH gemacht, einen Monat vorher war der Kurs erst 139 vH, sodaß sich hier der seltsame Fall ereignet hat, daß der Verlust eines Patentstreites, also ein Mißerfolg die Ursache wurde für einen erheblichen Kursgewinn. Die Arbeiterschaft aber hat das Nachsehen und wird zu einem großen Teil einsteilen auf Pflaster gesetzt. In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht werden sogar kahlblütig noch weitere Entlassungen sowie Arbeitszeiterfüllung angekündigt.

Dieses Verhalten der C. Lorenz AG ist um so mehr zu verurteilen, als nicht nur die Rundfunkabteilung, die jetzt abgebaut wurde, sondern auch die Abteilungen Telegraphie und Maschinenbau nach eigener Angabe der Verwaltung erhebliche Mehrumsätze aufzuweisen hatten, und weil ferner die C. Lorenz AG zu den Firmen gehört, die von der Reichspost mit Aufträgen für die Einrichtung der automatischen Fernsprechanlagen betraut werden. Den Hauptanteil an diesen Aufträgen, rund 60 vH, hat Siemens & Halske. Man hat zur Verteilung dieser Großaufträge eigens eine besondere Gesellschaft, die Automatische Fernsprechanlagenbau G. m. b. H., Berlin (Lufthafengasse) gegründet. Neben Siemens & Halske und Lorenz sind noch Witz & Genest, Telephonfabrik Berliner und Schuchardt sowie die Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG naheliegender Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG beteiligt. Von allen diesen Schwachstromgesellschaften hat der amerikanische Schwachstromkonzern, wieder verdrängt durch die Standard Elektrizitäts-Gesellschaft, in den letzten Monaten und Wochen die Aktienmehrheit an sich gebracht. Dabei wurden, wie wir gesehen haben, Preise erzielt, die durch die bisherige Rente der Gesellschaften nicht gerechtfertigt sind.

Der Grund für diese Aufkäufe der Amerikaner und die bezahlten hohen Kaufpreise kann nur darin liegen, daß die Herren sich von den Großaufträgen der Reichspost in automatischen Telephonanlagen besonders hohe Gewinne versprechen. Jetzt hat die Reichspost den Plan angekündigt, bei den über das etatsmäßig vorgezeichnete Programm hinausgehenden Bestellungen, im Rahmen der Nozigeße, einen Preisnachlaß von 10 vH zu fordern und zur Wüldierung der Arbeitslosigkeit die Neueinstellung von Arbeitern zu verlangen. Weder in ihrem ersten noch in ihrem zweiten Teile wird diese Ankündigung in die Tat umgesetzt werden, denn wo sind die Druckmittel, die der Reichspost zur Verfügung stehen?

Keinen wir jetzt wieder zu dem Rechenschaftsbericht der C. Lorenz AG zurück. Die Augenstände, die einschließlich der Anzählungen der Rundfunkabteilung und zusammen mit dem Bankgut haben ausgewiesen werden, haben sich von 7,9 Millionen Mark auf nicht weniger als 14,8 Millionen Mark erhöht, also fast verdoppelt. Die Warenbestände sind mit 7,17 gegen 5,93 Millionen Mark bewertet. Eine noch größere Steigerung als die Außenstände weisen aber die Schulden auf, die einschließlich Anzählungen von 3,9 auf 10,4 Millionen Mark gestiegen sind. Ebenso werden die langfristigen Schulden, die im Vorjahre 4,2 Millionen Mark betragen haben, entsprechend der im Jahre 1927 gegen Sicherungshypothek aufgenommenen 1 Million Dollar-Anleihe diesmal mit 6,3 Millionen Mark ausgewiesen. Es sind also weitere 500 000 Dollar langfristige Schulden aufgenommen worden. Zu allen diesen Posten fehlen im Geschäftsbericht die Erläuterungen.

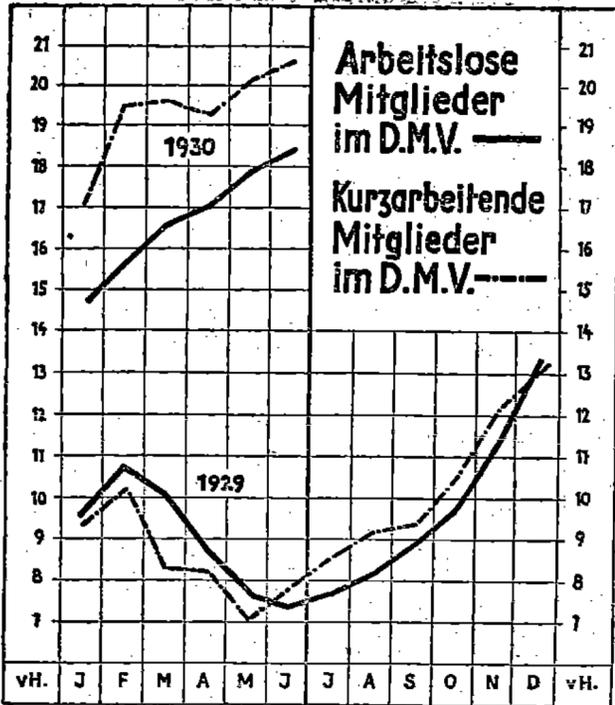
Der Geschäftsbericht sagt, daß die Aufträge für die Reichspost und „sonstige Reichsbehörden“ (gemeint sind wohl Reichsbahn und Reichswehr) nicht die den Einrichtungen und Fabrikationsmöglichkeiten entsprechende Höhe erreicht haben. Die Ver-

waltung besitzt sogar die Dreifachheit, in ihrem Geschäftsbericht auszuführen, daß die erzielten Preise auf dem Gebiete der Fernsprechanlagen als außerordentlich ungünstig zu bezeichnen sind. Dabei ist bekannt, daß der Reichspost wesentlich günstigere Preisangebote für die automatischen Telephonämter vorlagen, daß die Reichspost aber aus Furcht, daß es sich um sogenannte Kampfspreise handelte, von diesem Angebot keinen Gebrauch machte. Die Folge ist, daß in Wirklichkeit die Postaufträge *to a h r e G o l d g r u b e n* für die beteiligten Firmen sind, sonst würden sich auch die Amerikaner nicht so um das Geschäft reizen. Bekannt ist weiter, daß die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie im letzten Jahre allein an den Postaufträgen 2 Millionen Mark verdient hat. Danach kann man sich ausrechnen, was Lorenz und besonders was Siemens & Halske, die jedesmal so große Aufträge bekommen und ihre Maschinenanlagen infolge dessen noch besser ausnützen können, allein an den Postaufträgen verdienen.

Mit diesen Klagen, die übrigens in den Berichten aller deutschen Schwachstromgesellschaften wiederkehren, soll von den wahren Verhältnissen abgelenkt werden. Ebenso ist die Verwertung im Geschäftsbericht an der Stelle, wo von den Beziehungen zu dem amerikanischen Schwachstromkonzern die Rede ist, daß „die Unabhängigkeit der Geschäftsführung mit Rücksicht auf die nationalen Interessen im weitesten Sinne gewahrt ist“, wohl kaum als bare Münze zu nehmen. In den Aufsichtsrat sind in der Generalversammlung vom 24. Juni zwei Herren von der International Standard Electric Co. gewählt worden. Niemand kann uns also darüber täuschen, daß hier *d e u t s c h e* Postaufträge zu Überpreisen dem reichen *a m e r i k a n i s c h e n* Schwachstromkonzern zufließen.

Arbeitslage der Metallindustrie

Die Metallindustrie zählt zu den Gewerbezweigen, die von der derzeitigen Krise mit am schwersten betroffen werden. Der steile Anstieg der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterkurve unserer Zeitgeber im Spätjahr 1929 nahm im ersten Halbjahr 1930 seinen Fortgang und erreichte Ende Juni den Höhepunkt. Neben der katastrophalen Lage des Bauwesens wirkte sich die infolge der schlechten finanziellen Lage der Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften erfolgte Drosselung der Ausgaben ungünstig aus. Die durch die Nationalisierung übertriebene Leistungsfähigkeit steigerte ebenfalls die Arbeitslosenzahl. Die in früheren Jahren beobachtete Besserung im Frühjahr blieb aus. Daran änderte auch die leichte Besserung in den landwirtschaftlichen Bezirken nichts, die, soweit die Metallindustrie in Frage kommt, hinsichtlich der Arbeitslosen weit über dem Durchschnitt stehen. Den Ausschlag geben die Industriepunkte in Mitteldeutschland, Sachsen, Rheinland, Westfalen und Schlesien. Besonders hoch ist die Zahl der Arbeitslosen in den Arbeitsamtsbezirken mit weiterverarbeitender Industrie wie Mitteldeutschland mit 22,5 und Sachsen mit 25,9 vH. Aber auch in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Schlesien, wo die Schmelzeisenindustrie ihren Sitz hat, stieg der Anteil der arbeitslosen Mitglieder ganz enorm und erreichte Ende Juni im Bezirk Rheinland 15,9, im Bezirk Westfalen 14,4 und im Bezirk Schlesien 21,1 vH.



Wie schwer die Krise auf der Metallarbeiterklasse lastet, zeigt die folgende Gegenüberstellung mit den Zahlen des gleichen Zeitabschnittes des Vorjahres:

	Arbeitslose Mitglieder in vH		Kurzarbeitende Mitglieder in vH		Zusammen in vH	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Januar	9,5	14,7	9,3	17,0	18,8	31,7
Februar	10,7	15,7	10,1	19,1	20,8	35,1
März	10,0	16,6	8,3	19,6	18,3	36,2
April	8,7	17,0	8,2	19,3	16,9	36,3
Mai	7,8	17,9	7,0	20,1	14,3	38,0
Juni	7,4	18,1	7,8	20,6	15,2	39,0

Während im Vorjahr sowohl bei den Arbeitslosen wie bei den Kurzarbeitern eine Abnahme zu verzeichnen war, ist in diesem Jahr eine beachtliche Zunahme eingetreten, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als der Anteil der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder gegenüber dem Vorjahr ganz bedeutend höher ist. Die Überlagerung gegen das Vorjahr betrug bei den arbeitslosen Mitgliedern im Januar 1930 54,7, im Juni 1930 nicht weniger wie 148,6 vH, also nahezu das Doppelte des gleichen Monats des Vorjahres. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den kurzarbeitenden Mitgliedern. Hier war der Stand im Januar 1930 um 82,8, im Juni 1930 dagegen um 164,1 vH höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Das Plus ist bei den Kurzarbeitern beträchtlich höher als bei den Arbeitslosen.

Die gewaltige Verschlechterung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zeigt der Halbjahresdurchschnitt. Er betrug bei den Arbeitslosen im ersten Halbjahr 1929 9 vH, 1930 16,7 vH, bei den Kurzarbeitern 1929 8,5 vH, 1930 19,3 vH.

Aufgaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Die Nr. 25 und 26 unserer Metallarbeiter-Zeitung enthalten zwei Aufsätze über die Neugestaltung und die Aufgaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Vornehm sei gesagt, daß diese Darlegungen wohl von jedem Gewerkschaftler Zustimmung finden werden. Dennoch liegt mir daran, auf einige Ausführungen in den beiden Aufsätzen näher einzugehen.

Da ist zunächst das Verhältnis des Bundes zu den amerikanischen und australischen Gewerkschaften. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich die Gewerkschaften dieser Erdteile vom IGB eher entfernt als sich ihm genähert haben. Dieser Mangel an Anteilnahme, an Beteiligung an den Bestrebungen des Bundes gereicht der Arbeiterklasse sicher nicht zum Vorteil. Wie ganz anders könnte der Bund sein Gewicht in Genf in die Waagschale werfen, wenn die Forderungen von einer tatsächlichen gewerkschaftlichen Weltmacht vertreten würden! Außerdem verlangen die täglich mehr fortschreitende internationale Vertretung der Industrie und des Handels, die ständig an Ausdehnung zunehmende internationale Verflechtung des Bankkapitals gebieterisch danach, daß sich die organisierte Arbeiterschaft mehr und umfassender zusammenschließt.

Der bedauerliche Mangel an wirklicher internationaler Geschlossenheit der Arbeiterklasse bringt es mit sich, daß der sozialpolitische Fortschritt des einen Landes immer abhängiger wird vom jeweiligen Fortschritt der umgebenden Länder. Hierzu zählt insbesondere die Förderung der Sozialpolitik im internationalen Maßstabe. Auch die Durchleuchtung der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Geheimnisse wird immer schwieriger, wenn nicht unmöglich gemacht durch das Neben- und Gegeneinanderarbeiten. Desgleichen die Wechselwirkungen der „Nationalisierung“ auf die Gewerkschaften in den verschiedensten Ländern. In den genannten Aufsätzen wird ganz richtig verlangt, daß für die verschiedensten Aufgabenbereiche auch besondere Abteilungen zur Bewältigung dieser Aufgaben eingesetzt werden müssen. Es geht einfach nicht, daß die verschiedensten Aufgaben des Bundes „nebenamtlich“ erledigt werden können.

Neben der allgemeinen gewerkschaftlichen Abteilung wären insbesondere Abteilungen zu schaffen für internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik. Es würde den Forderungen der Gewerkschaften mehr Gewicht verleihen, wenn Arbeitszeit, Arbeitsschutz und Bekämpfung der Weltarbeitslosigkeit einheitlich gestellt würden. Dies gilt auch im Hinblick auf einheitliche Sozialversicherung und einheitlichen Gesundheitschutz. Diesen Forderungen könnte ein tatsächlich geschlossener Weltbund der Arbeit ganz anderen Nachdruck verleihen, als es bis jetzt der Fall war. Neben dem allgemeinen Nutzen für die Arbeiterschaft aber hätte eine solche Einheitlichkeit auch noch den nicht zu unterschätzenden Erfolg, daß sie die Arbeiterschaft mehr wie bisher verbinden würde.

Und welche Macht könnte auch ein wahrhaft internationaler Bund der Arbeit zur Erhaltung des Friedens in den ihm angeschlossenen Ländern ausüben! Hier sind vor allem die Metallarbeiter und die Arbeiter der chemischen Industrie beteiligt. Die Arbeiterschaft möchte nicht ein zweites Mal diesem Wahnsinn des gegenseitigen Abschlachten ausgeliefert sein. Darum ist gerade der IGB berufen, mit allen verfügbaren Mitteln und eifrigem Willen der blutigen Internationale die Entfesselung neuen Völkermordes unmöglich zu machen. Es gibt Leute, die da meinen, daß die Menschen, die den Krieg miterlebten, sich nicht nochmals zur Schlachtbank würden führen lassen. Vielleicht ist das richtig; jedoch sollte man den der Rüstungsinternationale zur Verfügung stehenden Gehirnerkletterungsapparat und dessen ausgiebigste Anwendung bei der Bearbeitung der Massen nicht unterschätzen. Beweis: Das in den letzten Jahren fast überall zu beobachtende Erstarken jener Kreise, die es sich zur Aufgabe gemacht haben — natürlich gegen entsprechende klingende Gegenleistung durch am Kriege profitierender Kreise —, die Jugend im Sinne eines neuen Krieges geistig zu vernebeln. Die ganze Internationale wäre keinen Cent wert, wenn es ihr nicht gelänge, im entscheidenden Augenblick der Kriegesbestie den Fuß ins Genick zu setzen. Ein zweites 1914 würde der Tod der Internationale sein. Es ist darum erforderlich, der drohenden Kriegsgefahr mit anderen Mitteln als papiernen Entschliessungen zu begegnen, mit Mitteln, die, im entscheidenden Augenblick Schlag angedrückt, der blutigen Internationale das Genick brechen. Es geht um das Wohl der Arbeiterklasse und um die Erhaltung der menschlichen Kultur und Gestaltung.

Die internationale Verflechtung der Industrien, des Handels und der Banken ist richtunggebend für die Arbeiterschaft. Diesen Weg hat auch sie einzuschlagen. Das Ausdehntum hat die Macht solcher Vereinigungen längst erkannt. Die Kapitalisten denken international, starke Teile der Arbeiterschaft aber sind — leider — noch mit „nationalen Ideen“ behaftet. Die Arbeiter können von den Großverdienern vieles lernen: an Anstandsmitteln mangelt es wahrhaftig nicht. Der kapitalistische Besitz hat längst die Ländergrenzen überschritten und schließt sich zu einem immer engeren, weltumspannenden Ring zusammen. Die Arbeiterschaft gerät immer mehr ins Hintertreffen. Es gilt darum, alles aus dem Wege zu räumen, was einem engeren internationalen Verbundentein der Arbeiterklasse noch hinderlich ist. Es kann nicht so weitergehen, daß der IGB eine im wesentlichen auf Europa beschränkte Organisation ist.

R. Ebtinghaus

Schriftenschau

Weimar — und was dann? (Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung.) Von Dr. Otto Kirchheimer. Jungsozialistische Schriftenreihe. Umfang 48 Seiten. Preis 85 A. C. Laubische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Kirchheimers Traktat über die Weimarer Verfassung hat sich zwei Aufgaben gestellt: einmal, zu untersuchen, wie weit sich ihre demokratische Verheißung in der Welt der Wirklichkeit seit ihrer Schaffung lebendig erfüllt, zum andern, nachzuweisen, wie unmöglich es ist, aus soziologischen Bedingungen, wozu auch die Staatsformen gehören, weltanschauliche Angelegenheiten zu machen.

Dauerheilung der Zuckerkrankheit. Von Frau Dr. E. Kall. Preis 2 M. Bruno Willens Verlag in Hannover. Als Leiterin eines bekannten Sanatoriums für Zuckertrank hat Verfasserin sicher viel Gelegenheit gehabt, reiche Erfahrungen und Kenntnisse zu sammeln, die in diesem leichtverständlichen Buch ihre Verwertung zum Besten der Zuckerkranken gefunden haben. Der Diabetiker kann sich durch diese Broschüre eingehend über sein Leiden unterrichten.

Erhebung und Heilung von Augenleiden. Von Geh. Med. Rat Dr. Graf Wiler. Preis 2,50 M. Bruno Willens Verlag in Hannover. Der Verfasser schildert hier in verständlicher Weise, wie Augenleiden vorgebeugt und wie bei schon vorhandenen eine Besserung und Heilung erzielt werden kann. Auch über das jetzt so unpopuläre Thema „Sehen ohne Brillen“ äußert Graf Wiler seine Ansicht.

Produktionsmittelindustrien in der Weltwirtschaft

Von Engelbert Graf.

Seit dem Weltkrieg macht die Industrialisierung der Welt derartige Fortschritte, daß heute viele Länder, die vor zwei Jahrzehnten noch ihren gesamten Bedarf an industriellen Konsumartikeln durch Einfuhr aus den alten Industriestaaten decken mußten, bereits eigene leistungsfähige Fertigungsindustrien entwickelt haben. Zu einem großen Teile ist die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft in dieser Erscheinung begründet: Produktion und Absatzmärkte sind im Weltmaßstab noch nicht ausgeglichen. Den alten Fertigungsindustrien der hochkapitalistischen Länder schrumpfen die Absatzmärkte ein; sie müssen sich entweder auf Spezialitäten oder auf eine ganz andere Produktion umstellen, wenn sie nicht völlig ihre Pforten schließen wollen. So ist z. B. in einem so alten Industriegebiet wie in Sachsen die Krise dauernd geworden und ein Ausweg ist nur schwer zu finden.

Aber die neuen Industrieländer brauchen technische Ausrüstung, sie brauchen Fabrikanlagen und Produktionsmaschinen und Verkehrsmittel. Und das bedeutet — bei aller Schwere der Weltwirtschaftskrise — gute Zeit, zum mindesten gute Aussichten für die Produktionsmittelindustrien der hochkapitalistischen Länder.

Besonders auffallend ist in den letzten Jahren der Aufschwung der Textilindustrie in Indien, China und Japan. Daher hat die Produktion und die Ausfuhr von Textilmaschinen in den maßgebenden Ländern ganz erheblich zugenommen; vor allem ist der Anteil Deutschlands an der Ausfuhr stark in die Höhe gegangen, während Großbritannien nur ganz unwesentliche Steigerungen erfahren hat.

In der Ausfuhr von Spinnmaschinen führt Großbritannien. Der Wert der Ausfuhr betrug in Millionen Mark für Spinnmaschinen

	1927	1928	1929
Großbritannien	179,9	177,5	182,7
Deutschland	17,2	21,5	31,8
Schweiz	7,8	11,7	10,6
Frankreich	9,8	7,0	8,5
Vereinigte Staaten	4,4	4,2	7,1
Belgien	1,7	2,1	2,5

Für Web-, Wirk- und andere Textilmaschinen steht Deutschland mit seiner Ausfuhr an der Spitze, besonders die Wirkmaschinen machen dem Werte nach mehr als die Hälfte der Ausfuhr aus. Die Ausfuhr der übrigen Textilmaschinen, Spinnmaschinen ausgenommen, betrug in Millionen Mark in

	1927	1928	1929
Deutschland	80,8	108,5	156,5
Großbritannien	59,6	59,5	54,6
Vereinigte Staaten	45,7	49,8	50,2
Schweiz	26,0	33,4	37,2
Frankreich	12,5	15,5	12,4

Allein die deutsche Ausfuhr nach Ostasien betrug an Textilmaschinen insgesamt in Millionen Mark nach

	1927	1928	1929
China	1,25	1,24	1,20
Niederländisch-Indien	0,51	0,68	0,62
Britisch-Indien	2,90	3,49	4,00

Vielleicht wird die Produktionssteigerung für Textilmaschinen nun nicht mehr in demselben Tempo weitergehen; es scheint, daß die Textilbetriebe nunmehr mit Maschinen gesättigt sind und in der Hauptsache Ersatz- und Modernisierungsaufträge einlaufen werden.

Dagegen wird für die nächsten Jahre mit einer Zunahme des internationalen Werkzeugmaschinenhandels zu rechnen sein. Je mehr die Rationalisierung um sich greift, je größere Fortschritte Normalisierung und Typisierung machen, um so stärker wird sicher die Unentbehrlichkeit der Werkzeugmaschine in Erscheinung treten. Auch hier steht unter den Großproduzenten Deutschland an der Spitze. Der Ausfuhranteil am in-

ternationalen Werkzeugmaschinenhandel betrug in Millionen Mark für

	1927	1928	1929
Deutschland	135,7	164,5	210,1
Vereinigte Staaten	95,0	124,7	152,2
Großbritannien	39,6	41,7	49,0
Frankreich	15,6	15,9	18,7
Schweiz	10,0	13,5	15,7
Belgien	3,3	3,3	5,6
Insgesamt:	297,2	365,6	451,3

Der Anteil Deutschlands an der Ausfuhr der sechs wichtigsten Exportländer stieg also 1927 bis 1929 von 45,6 auf 46,5 Proz. Davon kommen fast neun Zehntel auf Metallbearbeitungsmaschinen. 82 Proz. der deutschen Werkzeugmaschinenausfuhr bleiben in Europa, nur 18 Proz. gehen nach Uebersee. Von den deutschen Hauptabsatzgebieten waren beteiligt mit Millionen Mark

	1927	1928	1929
Europa im ganzen	108,4	156,6	172,1
davon: Frankreich	4,2	9,2	25,6
Sowjetunion	58,2	29,4	22,2
Großbritannien	10,4	10,5	16,8
Tschechoslowakei	3,4	15,1	14,1
Schweiz	5,1	8,7	11,7
Italien	6,4	7,1	11,5
Holland	6,1	10,5	11,2
Belgien	3,4	4,5	9,3
Polen	3,4	8,7	8,5
Schweden	2,7	3,7	7,5
Oesterreich	3,7	6,2	6,9
Spanien	3,0	3,1	4,7
Südslawien	3,5	4,8	4,7
Uebersee: Argentinien	3,5	7,5	9,2
Vereinigte Staaten	3,9	3,5	5,8
Brasilien	3,0	3,5	4,8
Japan	3,0	2,6	4,0

Auffallend ist die starke Zunahme der Ausfuhr nach Frankreich und im Gegensatz dazu die Abnahme nach der Sowjetunion; das bezeugt wieder einmal, wie sehr sich in letzter Zeit die deutschen Handelsbeziehungen zu Rußland verschlechtert haben. Einer Ausfuhr von Werkzeugmaschinen im Werte von 210,1 Millionen Mark steht übrigens nur eine deutsche Einfuhr von 14,8 Millionen Mark gegenüber.

Die Vereinigten Staaten haben für ihre Werkzeugmaschinenindustrie vorläufig noch einen besonders aufnahmefähigen inneren Markt, der immer neue Antriebe vor allem durch die Kraftwagenindustrie erhält. Von ihrer Ausfuhr wird ein steigender Anteil, vorwiegend in Spezialmaschinen, von Europa aufgenommen. Es gingen in Prozent nach

	1926	1927	1928
Europa	51,4	57,5	60,1
Kanada	17,1	18,4	20,4
Lateinamerika	14,4	10,4	8,7
Asien	8,7	7,8	7,0
Australien	6,2	4,5	2,5
Afrika	2,0	1,4	1,1

England bringt rund die Hälfte seiner Ausfuhr in seinen Kolonien unter; als wichtigster Markt steht aber auch hier Europa an der Spitze. Der Wert der englischen Ausfuhr betrug in Millionen Mark nach

	1927	1928	1929
Europa	7,96	10,98	17,46
Britisch-Indien	8,10	8,54	7,18
Britisch-Südafrika	1,74	2,56	2,74
Australien	3,80	5,12	2,56

Auch auf dem Gebiete der Werkzeugmaschinen haben selbstverständlich die einzelnen Länder besondere Spezialitäten herausgebildet; z. B. England: Drehbänke und Bohrmaschinen, die Vereinigten Staaten: Drehbänke, Schleif-, Bohr- und Fräsmaschinen und Schraubenaufbauten. Gerade die jeweiligen Spezialitäten spielen aber im Außenhandel eine besondere Rolle.

Die „Klein-Kapitalisten“, wie sich die „Kanarienvögel“ nannten, machten ihren Schutzherren wenig Freude. Man mußte einsehen, daß man die Böcke zu Gärtnern gemacht hatte. Der „Kamerad“, dem man als Vertrauensposten die Verwaltung des Magazins übergeben hatte und der zugleich erster Vorsitzender der Gelben war, schien in der Praxis gar nicht so vertrauenswürdig zu sein. Ganz plötzlich wurde er entlassen. Dasselbe passierte dem Kassierer und zweiten Vorsitzenden. Er verschwand ganz still und heimlich aus dem Betriebe. Durch diese Maßnahmen wurden die anderen Angehörigen der Gelben eingeschüchtert. Die Förderer des Werkvereins schmolzen merklich zusammen. Mit der Postenfischerei war es nichts geworden. Die unternehmertruen Arbeiter müssen ziemlich kleine Gehirne haben, sonst hätten sie wohl schon längst gemerkt, daß man sie dazu braucht, um gegen ihre eigenen Klassengenossen eingesetzt zu werden. Diese obigen Schilderungen sollen vor allem dazu dienen, den Kollegen vor Augen zu führen, was für Elemente diese gelben Werkvereine beherbergen. Auch soll gezeigt werden, zu welchen Mitteln die Unternehmer greifen, um die freien Gewerkschaften in ihren Betrieben unschädlich zu machen. Zwar ist dieser Schmarotzerbewegung kein großer Wert beizumessen; aber sie können uns schädigen, indem sie uns bei Lohn- oder anderen Verhandlungen in den Rücken fallen lassen.

Um die Ruhetagszahlung der Lehrlinge

Haben Lehrlinge Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes, wenn der Unternehmer wegen Auftragsmangel Arbeitspausen und Ruhetage einführt? — Mit dieser Rechtsfrage, die gerade in der jetzigen Krisenzeit für jeden Arbeiter von größter Bedeutung ist, beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht und entschied zugunsten der Kläger.

Wegen Arbeitsmangel ließ eine Maschinenfabrik in Halle im November und Dezember vorigen Jahres an je einem Wochentage die Arbeit in ihrem Werke ruhen. Durch diese Willkürmaßnahmen des Unternehmers wurden die Arbeiter schwer geschädigt, denn sie erhielten für beide Tage keinen Lohn, aber auch keine Kurzarbeiterunterstützung. Noch rücksichtsloser ging die Firma gegen die Lehrlinge vor. Für beide Ruhetage erhielten die Lehrlinge weder den Lohn noch eine andere Unterstützung, obwohl der Unternehmer wußte, daß diese Maßnahme gesetzswidrig und rechtswirksam ist.

Die Lehrlinge ließen sich diesen völlig unberechtigten Lohnabzug nicht gefallen und reichten durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Klage ein. Sie hatten auch mit ihrer Klage Erfolg. Beide Vorinstanzen verurteilten die Firma zur Weiterzahlung des Lohnes an die Lehrlinge. Gegen dieses Urteil kämpften die Unternehmer mit der Revision an und verlangten Abweisung der Klage.

In der Revisionsbegründung führten sie aus, daß die vorinstanzliche Entscheidung die Unternehmer schwer schädige, da viele Industrielle trotz des Auftrags- und Arbeitsmangels die Lehrlinge weiter beschäftigen oder bezahlen müßten. Denn ein großer Teil der Betriebe feiere wegen Auftragsmangel mehrere Tage in einer Woche, und wenn die Lehrlinge bezahlt werden müßten, entstünden schwere Nachteile.

Die Unternehmer hatten mit ihrer Revision kein Glück. Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als völlig unbegründet zurück. Nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts hat bei Betriebsstockung die Betriebsgefahr und den Schaden der Unternehmer zu tragen. Diese Rechtsregeln haben auch auf den Lehrlingsvertrag, der zwischen den beiden Parteien besteht, Anwendung zu finden. Da die Lehrlinge nur wegen Auftrags- und Arbeitsmangel feiern müßten, hätten sie auch Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes. (RAG. 113/50.)

Versagt die Kaufkrafttheorie wirklich?

Die Kaufkrafttheorie steht mit Recht noch im Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen. Die Unternehmer wissen, warum sie diese Theorie mit dem schärfsten Geschütz bekämpfen: weil sie die Jahrzehnte alte deutsche Unternehmerauffassung der langen Arbeitszeiten, der niedrigen Löhne aus den Angeln hebt. Um so wertvoller ist es, daß auch im Unternehmerlager sich vereinzelt Stimmen für die Kaufkrafttheorie einsetzen, wie das in temperamentvoller Weise im „Konfektionär“ vom 28. Juni 1930 ein Syndikus tut. Er fertigt mit kurzen Worten den berüchtigten Halbdemokraten Gothein, den Kronzeugen der Unternehmer, ab und sagt, daß entscheidend die Frage ist, wie lange der Lohn- oder Gehaltsempfänger arbeiten muß, um sich ein Paar Stiefel, ein Fünf-Pfund-Brot oder einen Anzug kaufen zu können. Ueber die Kaufkrafttheorie sagt er, daß das moderne Wirtschaftsproblem kein Erzeugungs-, sondern ein Absatzproblem ist und in immer höherem Maße werden wird. Soll also die noch immer steigende Erzeugung untergebracht werden, so muß die große Masse der Verbraucher kaufkräftiger in dem Sinne gemacht werden, daß sie aus dem Ertrage ihrer Arbeit mehr der erzeugten Güter erwerben kann. Die Kaufkraft, sagt er, muß mit der Lohnkurve steigen. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch, weil in der Praxis steigende Löhne den stärksten Anreiz zur Rationalisierung der Betriebe und demgemäß zur Verbilligung des Erzeugnisses bilden. Verbilligung der Produkte bei gleichzeitiger Verbesserung der Kaufkraft ermöglicht Produktions- und Absatzsteigerung, die zu weiterer Preisherabsetzung führen. So schließt sich ein Kreislauf, der bestimmt kein fehlerhafter Kreislauf ist.

Der Verfasser weist auf Amerika und widerlegt den Einwand, daß Amerika jetzt ebenfalls von einer Krise heimgesucht wird, aber, sagt der Verfasser nicht mit Unrecht, daß durch die richtig angewandte Kaufkrafttheorie die Vereinigten Staaten jetzt viel eher in den Stand gesetzt werden, den krisenhaften Schwebzustand zu überwinden, als dies in Europa der Fall ist. Am Schluß führt er aus, daß das Lohnproblem ein Schlüsselproblem der Wirtschaft ist, das mit einer einseitig zahlenmäßigen Betrachtung und dem sich daraus ergebenden Hinweis einer ebenso einseitigen Herabsetzung bestimmt nicht zu lösen ist.

Lumpenproletariat

In Nr. 28 der „Metallarbeiter-Zeitung“ steht ein Aufsatz, überschrieben Lumpenproletariat. Dort heißt es: „Das rohe und harte Wort bezeichnet die Aermsten der Armen...“ Mit dieser Deutung des Wortes „Lumpenproletariat“ bin ich durchaus nicht einverstanden. Man muß nicht gerade arm sein, um zum Lumpenproletariat zu zählen. Es können Arbeiter eine sehr gut bezahlte Stellung haben und über ihre Klassengenossen finanziell bei weitem hinausragen und doch zum Lumpenproletariat zählen.

Wenn wir uns diese Merkmale vor Augen halten: Klassenbewußtsein, Klassengefühl und Klasseninstinkt, so müssen wir doch der Ueberzeugung Ausdruck verleihen: eines von diesen dreien muß der Arbeiter in sich haben. Hat er keines davon, hat er kein Klassenbewußtsein in sich, verspürt er kein Klassengefühl, ja, hat er nicht einmal einen Klasseninstinkt, der ihn mit denen sympathisieren läßt, die das gleiche Los der Arbeit tragen, wie er, so gehört er unweigerlich, ohne Rücksicht auf Lohn und Stellung, zum Lumpenproletariat. H. P.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Gewerkschaftlicher Kampf im Betriebe

Als ich im Jahre 1928 bei der Firma Gr. A.-G., einer Maschinenfabrik, eintrat, bestand die Belegschaft größtenteils aus unorganisierten Leuten. Es bestand ein Betriebsrat aus Unorganisierten, der vollkommen unter dem Szepter des Betriebsleiters stand. Was diesem Herrn nicht paßte, wurde eben nicht durchgeführt. Der Betriebsratsmann, ein sogenannter Vorarbeiter, gab zu allem seine Zustimmung. Demzufolge waren die Zustände im Betriebe die denkbar schlechtesten.

Der Betrieb wurde nach und nach erweitert. Notwendigerweise mußte man nun auch die Belegschaft vergrößern. Obwohl man bei der Einstellung der Leute sehr vorsichtig war, konnte man nicht verhindern, daß auch Leute in den Betrieb kamen, die unseren Verbandsangehörigen. Wir organisierten Kollegen begannen nun mit unermüdlicher Aufklärungsarbeit. Bei der nächsten Betriebsratswahl konnten wir einen auf dem Boden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stehenden Betriebsrat herausbringen. Nun wurde alles anders im Betriebe. Unser Betriebsrat zog den Gewerksrat hinzu, und dieser stellte dann auch die Mängel fest. Der Waschraum erhielt einen ordnungsgemäßen Fallboden, die Wascheimer wurden regelmäßig gesäubert, und es wurde sogar durchgesetzt, daß man die Aborte täglich säuberte. Noch manche Besserung wurde durch den neuen Betriebsrat erzielt.

Das Eindringen der „Roten“ in ihren Betrieb und die Tatsache, daß ihnen nun die willkürliche Herrschaft aus der Hand genommen wurde, war natürlich ganz und gar nicht nach der Mitte des Herrn Direktors und seines Betriebsleiters. Dieser war ein äußerst nervöser, für eine Betriebsleitung vollkommen unfähiger Mann. Als ehemaliger Marineoffizier war er den ganzen Tag am Schanzens. Dieser Mann schwärzte uns blutige Rache. Er suchte sich einige unerfahrene und als Schmarotzer bekannte Leute aus, um sie zu einem Werkzeug gegen die Organisierten zu verwenden. Sie mußten nämlich einen Werkverein gründen. An die Spitze dieses Ge-

bildes setzte man 20-21jährige Arbeiter. Ein Schlosser, der nebebei als Chauffeur tätig war, machte sich als Werber der Gelben bei dem Herrn Betriebsleiter besonders verdient. Indem er an die Kollegen herantrat, sagte er zu ihnen: „Du kannst mal in mein Büro kommen, ich habe mit dir etwas Wichtiges zu besprechen.“ Das „Büro“ war ein Keller. Die älteren Kollegen waren natürlich zu vernünftig, um sich mit diesen gewissenlosen Elementen einzulassen. Es fanden sich zwar Leute, die dem Werkverein beitraten. Dieses waren aber größtenteils Arbeiter, die es infolge mangelnden Verstandes zu einem besonderen Posten im Betriebe nicht bringen konnten und nun auf diese Art und Weise eine bevorzugte Stellung zu erlangen suchten. Der Oberhäuptling der „Kanarienvögel“ erhielt die Verwaltung des Lagers, in welchem er vorher als Arbeiter tätig gewesen war. Dem Kassierer des Vereins, ein Elektriker, der aber in seinem Berufe nicht zu gebrauchen war, gab man gutbezahlte Arbeit an einer Bohrmaschine. Alle Gelben hatten im Betriebe ein Sonderrecht. Sie erhielten eine Lohnzulage und spielten sich uns gegenüber als Herren auf. Wenn ein Kollege einen Akkordpreis nicht annehmen konnte, weil er zu niedrig war, sofort wurde einer von den Gelben damit beauftragt, die Arbeit zu übernehmen. In allen diesen Fällen kam dann aber diese Arbeit bedeutend teurer, als wenn der eingearbeitete Kollege dabei geblieben wäre und man den Akkordpreis erhöht hätte. Mir selbst passierte es damals, daß man mir meine Arbeit, auf die ich gut eingearbeitet war, weg nahm und den oben genannten gelben Elektriker dabei kriegte. Da dieser aber kaum in seinem Fach zu verwenden war, konnte er natürlich eine Schlosserarbeit schon gar nicht verrichten. Er pfuschte nun so lange daran herum, bis er nicht mehr ein noch aus wußte. Das Endergebnis war, daß man mir die Arbeit zurückgab, und ich mußte dann alles wieder auseinanderreißen. Die ganze Geschichte kam natürlich dreimal so teuer, als wenn ich von Anfang an die Arbeit gemacht hätte. Auch eine Rationalisierung